144
Wirtschaftsprognose
Economic Forecast
Oktober 2026

Konjunkturerholung bei weiterhin hoher Inflation

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2027

Sperrfrist: Mittwoch, 14. Oktober 2026, 10:00 Uhr

INSTITUT FÜR
HÖHERE STUDIEN
WIEN

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast
Oktober 2026

Konjunkturerholung bei weiterhin hoher Inflation

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2027

Holger Bonin
Martin Ertl
Ines Fortin
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian P. Koch
Robert M. Kunst
Michael Reiter
Felix Schröter
Klaus Weyerstraß

INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN WIEN

Autor:innen

Holger Bonin, Martin Ertl, Ines Fortin, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Felix Schröter, Klaus Weyerstraß

Titel

Konjunkturerholung bei weiterhin hoher Inflation

Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2026–2027

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast

Kontakt

Holger Bonin
Wissenschaftlicher Direktor
T +43 1 59991-160
E office@ihs.ac.at

Helmut Hofer
Prognoseverantwortlicher
T +43 1 59991-251
E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß
Internationale Konjunktur und Außenwirtschaft
T +43 1 59991-233
E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer
Pressesprecherin
T +43 1 59991-212
E gadringer@ihs.ac.at

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)
Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien
T +43 1 59991-0
www.ihs.ac.at
ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung und Zusammenfassung 7

2 Die internationale Konjunktur 15

2.1 Aktuelle Entwicklungen 15

2.2 Ausblick 18

2.3 Risiken 21

3 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft 23

3.1 Außenwirtschaft 23

3.2 Privater Konsum 25

3.3 Investitionen 27

3.4 Öffentliche Haushalte 31

3.5 Löhne und Inflation 32

3.6 Vertiefende Analyse der Inflation im Vergleich mit jener im Euroraum 34

3.7 Arbeitsmarkt 39

3.8 Monetäre Entwicklungen 41

4 Tabellenanhang 43

Konjunkturerholung bei weiterhin hoher Inflation

Die Verwerfungen im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen Osten bremsen die Erholung der österreichischen Wirtschaft. Nach einer kurzen Schwächephase dürfte die Konjunktur im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2026 aber wieder an Fahrt gewinnen. Somit erwartet das IHS unverändert ein Wirtschaftswachstum von 0,8 % im laufenden bzw. 1,0 % im kommenden Jahr. Da der vom Iran-Krieg ausgelöste Energiepreisanstieg länger dauert als in der Sommer-Prognose erwartet, wird die Inflationsprognose für das laufende Jahr auf 3,1 % angehoben. Mit 2,8 % dürfte der Preisauftrieb auch im kommenden Jahr deutlich über dem 2-Prozent-Ziel der Europäischen Zentralbank liegen. Für die Arbeitslosenquote erwartet das IHS 7,6 % im laufenden Jahr sowie 7,4 % im kommenden Jahr. Nach 4,1 % im Vorjahr dürfte das Budgetdefizit in den Jahren 2026 und 2027 3,9 % bzw. 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts betragen.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Die Verwerfungen im Zusammenhang mit dem Iran-Krieg haben die Erholung der österreichischen Wirtschaft unterbrochen. Nachdem die Wirtschaftsleistung im Schlussquartal 2025 und im ersten Quartal 2026 noch um 0,2 % bzw. 0,3 % zugelegt hatte, ging sie im zweiten Quartal leicht zurück (−0,1 %). Im ersten Halbjahr betrug das Wachstum gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres 0,9 %. Das IHS geht weiterhin davon aus, dass die heimische Wirtschaft nach einer kurzen Konjunkturdelle wieder Fahrt aufnimmt und auf einen verhaltenen Wachstumskurs einschwenkt. Dafür sprechen das resiliente außenwirtschaftliche Umfeld sowie die deutlich Stimmungsaufhellung in der Industrie. Vor diesem Hintergrund hält das IHS seine Wachstumsprognosen für die Jahre 2026 und 2027 von 0,8 % bzw. 1,0 % aufrecht.

Die wirtschaftlichen Verwerfungen infolge des Iran-Krieges belasten die internationale Konjunktur. Mit dem Ausbruch des Iran-Krieges haben sich die Öl- und Gaspreise kräftig erhöht und die Inflation hat merklich angezogen. Als Reaktion wurde vielerorts die Geldpolitik gestrafft, zusätzlich treiben hohe öffentliche Schuldenstände sowie die Inanspruchnahme der Kapitalmärkte zur Finanzierung von Investitionen im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz (KI) die langfristigen Zinssätze. Trotz dieser Belastungen erwies sich die Weltkonjunktur als robust. Der Welthandel legte im bisherigen Jahreslauf kräftig zu, gestützt vom Investitionsboom im Bereich der KI, der insbesondere die Konjunktur in Asien und in den USA antreibt. Die negativen Effekte des Iran-Kriegs auf Industrieproduktion und Welthandel konzentrierten sich auf die Golfregion. Die US-Wirtschaft wuchs im ersten und zweiten Quartal jeweils mit 0,6 % gegenüber dem Vorquartal. Während sich die Konjunktur in den

Schwellenländern etwas verlangsamte, verzeichnete der Euroraum im zweiten Quartal ein Wachstum von 0,6 %, nach einer Stagnation zu Jahresbeginn. Die starken Schwankungen der Expansionsrate im Euroraum gehen primär auf Sondereinflüsse in Irland (Bilanzierung von Lizenzrechten multinationaler Unternehmen, Pharmaproduktion) zurück. Rechnet man diesen Effekt heraus, setzte sich das moderate Wachstum der letzten Quartale fort. Während die hohe Inflation die Konsumentwicklung dämpft, gehen von den steigenden Verteidigungsausgaben expansive Impulse aus.

Die Entwicklung der Energiepreise ist weiterhin von hoher Unsicherheit gekennzeichnet. Infolge des Iran-Kriegs stiegen die Ölpreise im Frühjahr kräftig, schwankten danach abhängig von der geopolitischen Lage und liegen gegenwärtig auf einem Niveau von rund 100 US-Dollar pro Barrel. Dieser Prognose des IHS liegen die Markterwartungen der globalen Energierohstoffpreise zugrunde. Für den Jahresdurchschnitt 2026 bzw. 2027 wird demnach ein Ölpreis von 93,0 bzw. 85,5 US-Dollar erwartet. Damit liegen die Preisannahmen um knapp 10 US-Dollar über den Werten der Sommer-Prognose.

Insgesamt schätzt das IHS die Entwicklung der internationalen Konjunktur in den Jahren 2026 und 2027 wie folgt ein. Die US-Wirtschaft dürfte um 2,2 % bzw. 2,0 % zulegen. Für den Euroraum wird die Prognose der Wachstumsrate für das laufende Jahr, insbesondere aufgrund der positiven Entwicklung in Deutschland, auf 1,0 % angehoben. Nächstes Jahr dürfte die Wirtschaft im Euroraum um 1,3 % expandieren. Die Wirtschaftsleistung Chinas dürfte in diesem und im kommenden Jahr um 4,5 % bzw. 4,2 % zulegen. Das Wachstum der Weltwirtschaft wird sich nach 3,4 % im Vorjahr voraussichtlich etwas verlangsamen und im Prognosezeitraum 2,9 % bzw. 2,8 % betragen.

Die hohe Inflation und die Budgetkonsolidierung belasten die Entwicklung der Realeinkommen in Österreich und dämpfen somit das Konsumwachstum. Im ersten Halbjahr hat der private Konsum im Jahresabstand um 0,6 % zugelegt. Das Institut geht davon aus, dass die Konsument:innen auf die schwache Realeinkommensentwicklung mit einer Rücknahme der Sparquote reagieren. Vor diesem Hintergrund hält das Institut seine Prognose für die Expansion des privaten Konsums von 0,5 % im laufenden Jahr aufrecht. Für das kommende Jahr wird ein Konsumwachstum von 0,7 % erwartet. Laut Prognose fällt damit die Sparquote, ausgehend von 9,7 % im Vorjahr, auf 8,8 % bzw. 8,5 %.

Im ersten Halbjahr 2026 setzte sich die positive Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen mit einem Wachstum von 3,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum fort. Für den Prognosezeitraum kann mit einer weiteren moderaten Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen gerechnet werden. Die internationale Konjunktur stützt die

Exporte und somit die Industrieproduktion, wovon die Investitionen profitieren. Dies zeigt sich in einer stabilen Entwicklung der Beurteilung der Auftragsbestände. Die geringe Kapazitätsauslastung sowie steigende Finanzierungskosten stehen aber einer deutlichen Belebung der Investitionen im Weg. Somit dürften die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im laufenden Jahr um 2,5 % und im kommenden Jahr um 1,5 % zulegen.

Bei den realen Bauinvestitionen zeichnet sich weiterhin keine Trendwende ab. Im ersten Halbjahr 2026 sanken sie gegenüber dem ersten Halbjahr 2025 um 1,2 %, wobei sich insbesondere der Wohnbau nach wie vor sehr schwach entwickelte. Die steigenden Finanzierungskosten belasten die Bautätigkeit. Die gesamten Bauinvestitionen dürften somit im laufenden Jahr um 1,5 % sinken, im kommenden Jahr dürfte sich der Rückgang auf 0,5 % verlangsamen. Die Prognose für die Ausrüstungs- und die Bauinvestitionen impliziert, dass die realen Bruttoanlageinvestitionen in den beiden Prognosejahren um 0,8 % bzw. 0,7 % wachsen werden.

Getrieben vom KI-Boom expandierte der Welthandel trotz der teilweisen Sperre der Straße von Hormus im bisherigen Jahresverlauf kräftig. Im Prognosezeitraum dürfte der globale Handel um 5,7 % bzw. 3,0 % zulegen. Mit einer Zunahme um 2,3 % hat sich die Erholung der heimischen realen Warenexporte im ersten Halbjahr fortgesetzt. Die verbesserte Stimmung in der Industrie und das internationale Umfeld lassen erwarten, dass der reale Warenexport weiter expandiert. Insgesamt dürften die realen Warenexporte in den Jahren 2026 und 2027 um 2,5 % bzw. 2,8 % zulegen. Für die Gesamtexporte prognostiziert das IHS für dieses und das kommende Jahr Wachstumsraten von 2,0 % bzw. 2,3 %. Die realen Importe sollten im gleichen Tempo expandieren (2,0 % bzw. 2,2 %).

Im August betrug die Verbraucherpreis-Inflation 3,2 % und stieg im September laut Schnellschätzung auf 3,6 %. Der vom Iran-Krieg ausgelöste internationale Energiepreisschock treibt die Energie-, insbesondere die Treibstoff- und Heizölpreise weiterhin. Während von den Lebensmitteln kaum preistreibende Impulse ausgingen, blieb die Inflation im Dienstleistungsbereich (4,4 % im August) hoch. Da sich der Auftrieb bei den internationalen Energiepreisen als persistenter erweist als in der Sommer-Prognose erwartet, wird die Inflation in der zweiten Jahreshälfte hoch bleiben. Folglich erwartet das Institut für das laufende Jahr eine Inflationsrate von 3,1 %. Mit dem Wegfall des Basiseffekts des Energiepreisanstiegs im März 2027 dürfte sich der Preisauftrieb etwas verlangsamen. Allerdings werden von den Strom- und Gaspreisen auch im kommenden Jahr preistreibende Impulse ausgehen. Ebenso könnte die zeitlich verzögerte Weitergabe der Energiepreisanstiege entlang der Wertschöpfungskette auch die Industriegüter verteuern. Die unterstellten moderaten Lohnabschlüsse sollten das Wachstum der Dienstleistungspreise hingegen etwas

verlangsamen. Insgesamt hebt das IHS somit seine Inflationsprognose für das kommende Jahr auf 2,8 % an. Damit entwickelt sich die Inflation in Österreich im Gleichklang mit jener im Euroraum-Durchschnitt (3,0 % bzw. 2,7 %).

Im bisherigen Jahresverlauf hat sich die Lage am Arbeitsmarkt als robust erwiesen. So lag die Arbeitslosenzahl leicht über den Vorjahreswerten und die Beschäftigung legte verhalten zu. Laut Prognose dürfte die Zahl der Aktiv-Beschäftigten im laufenden und im kommenden Jahr um 0,4 % bzw. 0,7 % ansteigen. In Verbindung mit einem leicht steigenden Arbeitskräfteangebot resultiert daraus für den Jahresdurchschnitt 2026 eine Arbeitslosenquote von 7,6 %. Für das kommende Jahr erwartet das IHS einen leichten Rückgang auf 7,4 %.

Die Budgetkonsolidierung prägt weiterhin die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Die vorliegenden Informationen über den Budgetvollzug deuten darauf hin, dass die Defizitziele der Bundesregierung eingehalten werden können. Das nominelle BIP-Wachstum stützt die Einkommensentwicklung. Das IHS rechnet für dieses und kommendes Jahr mit einem gesamtwirtschaftlichen Defizit von 3,9 % bzw. 3,7 % des BIP. Es ist aber weiterhin festzuhalten, dass die getroffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Schuldenquote nicht ausreichen.

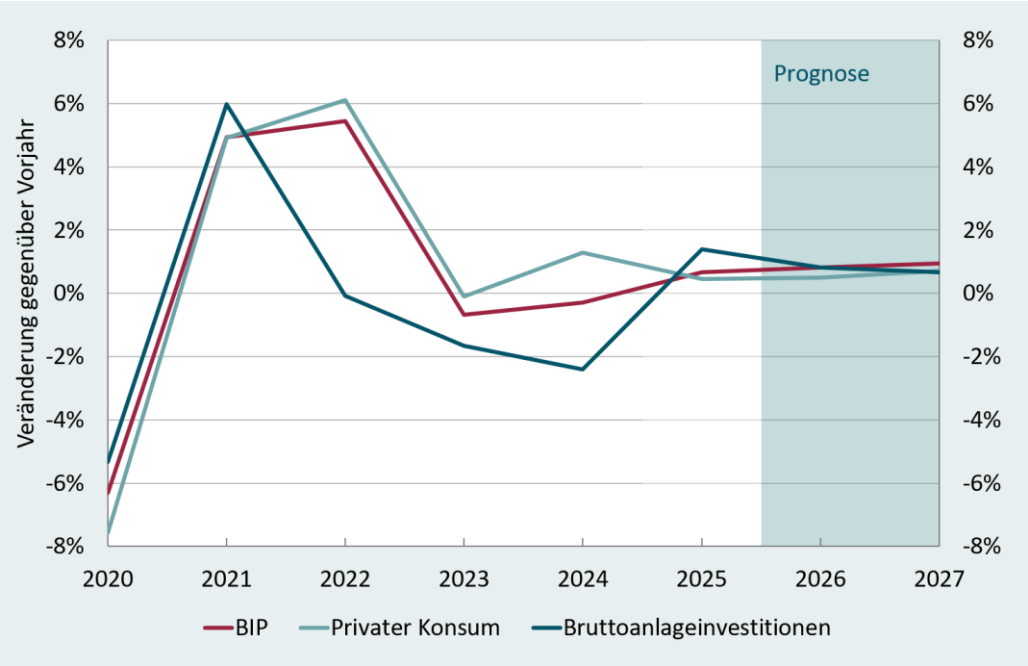
Das größte Prognoserisiko geht weiterhin von den geopolitischen Entwicklungen aus. Eine Eskalation der kriegerischen Auseinandersetzungen, etwa im Iran oder in der Ukraine, würde wohl die Energiepreise kräftig antreiben sowie die Unsicherheit der Wirtschaftsakteure erhöhen und damit die ökonomische Aktivität dämpfen. Eine restriktivere Geldpolitik aufgrund der hohen Inflation im Verein mit den hohen Budgetdefiziten und Schuldenständen würde zu höheren Finanzierungskosten für Staaten und Unternehmen führen. Die Unsicherheiten in der Handelspolitik und potenzielle Korrekturen an den Finanzmärkten, etwa bei KI-Unternehmen, stellen weitere internationale Risikofaktoren da. Hinsichtlich der heimischen Konjunktur dominieren ebenfalls die Abwärtsrisiken. So würde eine schwächere Konjunktur im Euroraum die Exportchancen der heimischen Industrie verringern und damit wohl auch deren Investitionstätigkeit verlangsamen. Ein starker Anstieg der Lohnstückkosten würde die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie verringern. Die hohe Inflation und die wirtschaftliche Unsicherheit könnten dazu führen, dass die privaten Haushalte ihre Sparquote nicht zurücknehmen, was die Konsumnachfrage reduzieren würde. Ein deutlicher Rückgang der Energiepreise würde hingegen das Konsumklima verbessern und das Wachstum im kommenden Jahr stärken.

Tabelle 1: Hauptergebnisse der IHS-Prognose
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt, real	0,7	0,8	1,0
Privater Konsum, real	0,5	0,5	0,7
Bruttoinvestitionen, real	4,3	1,2	1,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,4	0,8	0,7
Ausrüstungsinvestitionen, real	4,8	2,5	1,5
Bauinvestitionen, real	−2,9	−1,5	−0,5
Inlandsnachfrage, real	1,5	0,8	0,9
Exporte i. w. S., real	1,3	2,0	2,3
Waren, real (laut VGR)	0,6	2,5	2,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,7	2,0	1,4
Importe i. w. S., real	2,8	2,0	2,2
Waren, real (laut VGR)	2,9	2,0	2,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	−0,2	0,5	1,5
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0,2	0,4	0,7
Arbeitslosenquote: Nationale Definition[i]	7,4	7,6	7,4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition[i]	5,7	6,1	5,9
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	3,6	1,7	2,5
Preisindex des BIP	3,0	2,0	2,3
Verbraucherpreisindex	3,6	3,1	2,8
Budgetsaldo laut Maastricht (% des BIP)[i]	−4,1	−3,9	−3,7
3-Monats-Euribor[i]	2,2	2,4	3,1
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen[i]	3,0	3,4	3,8

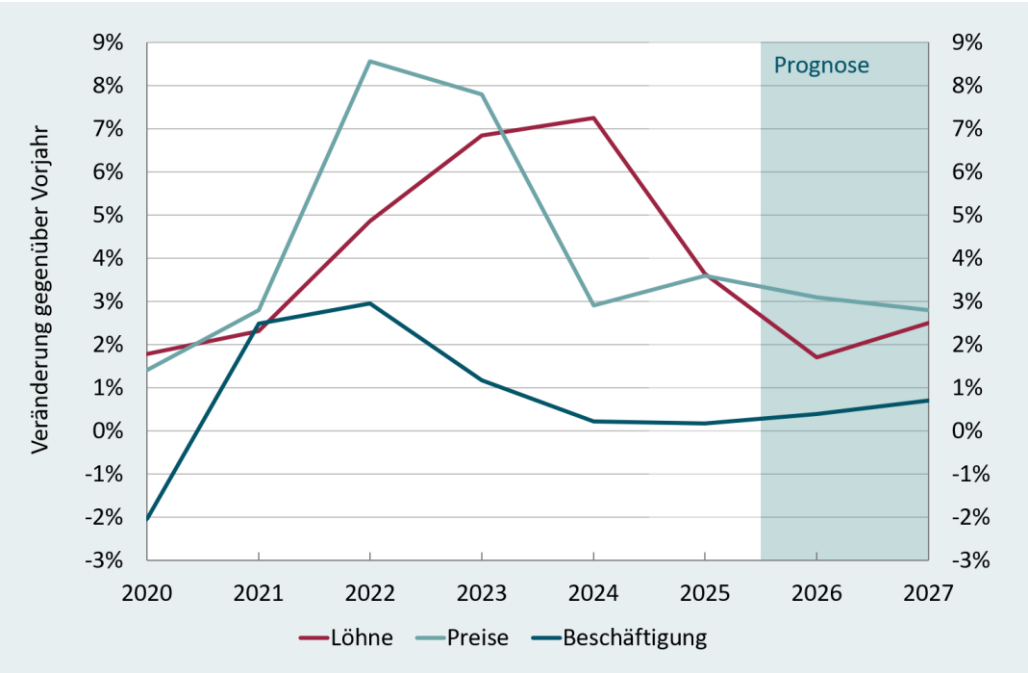
[i]absolute Werte
Quelle: Statistik Austria, LSEG Datastream, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



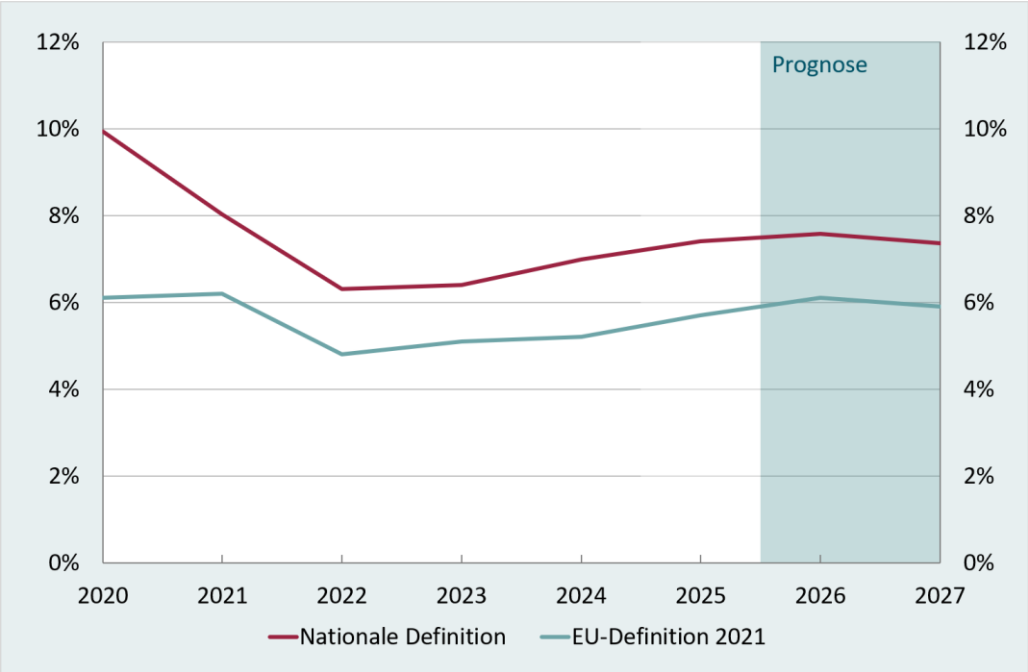
Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



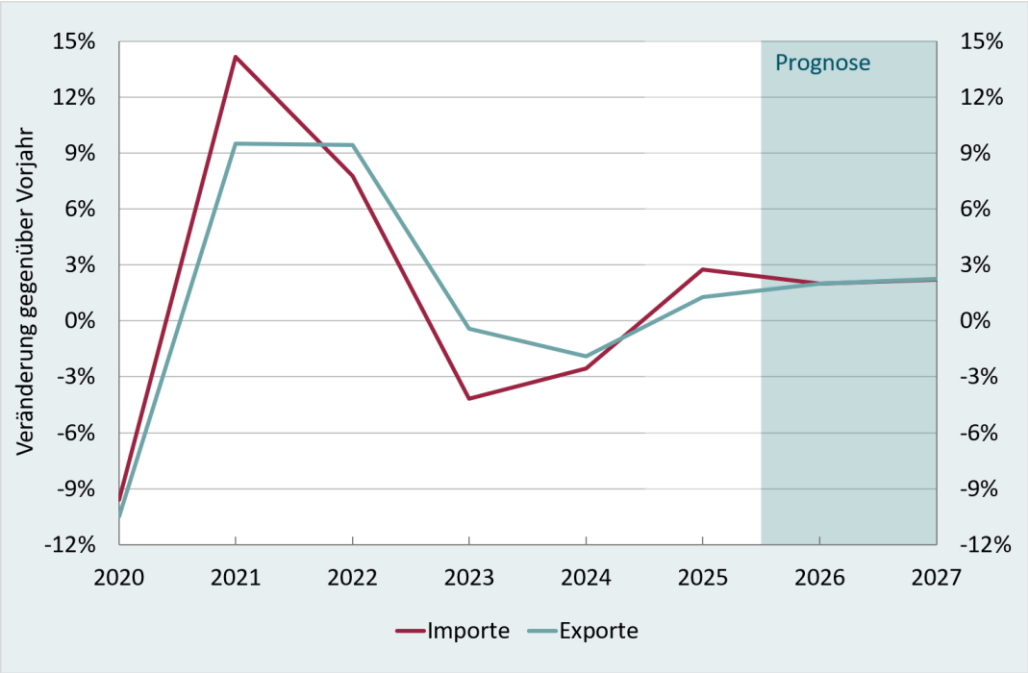
Quelle: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



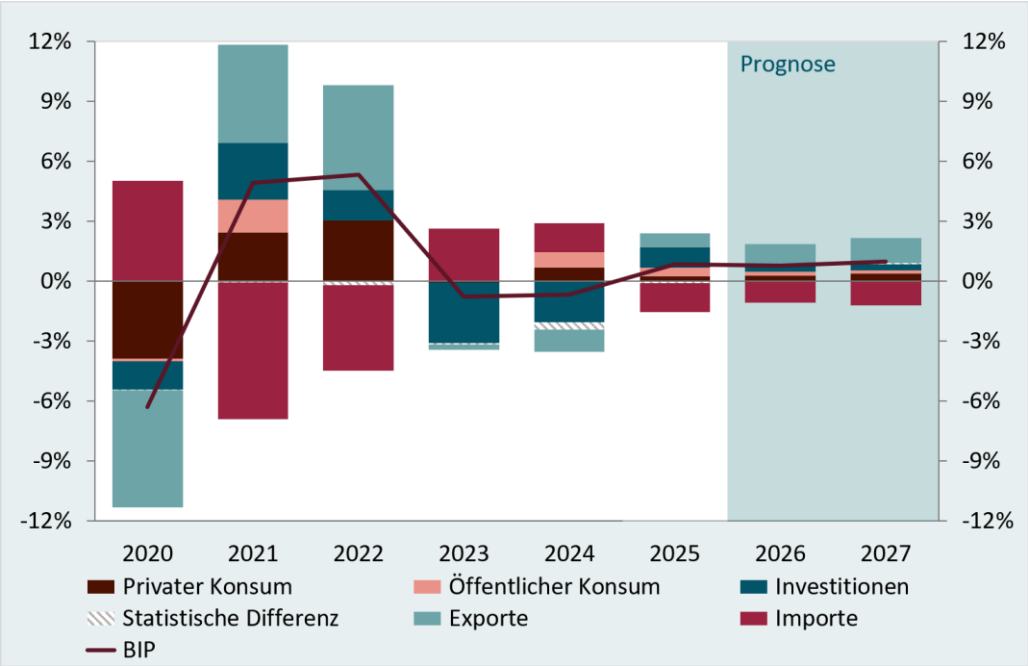
Quelle: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

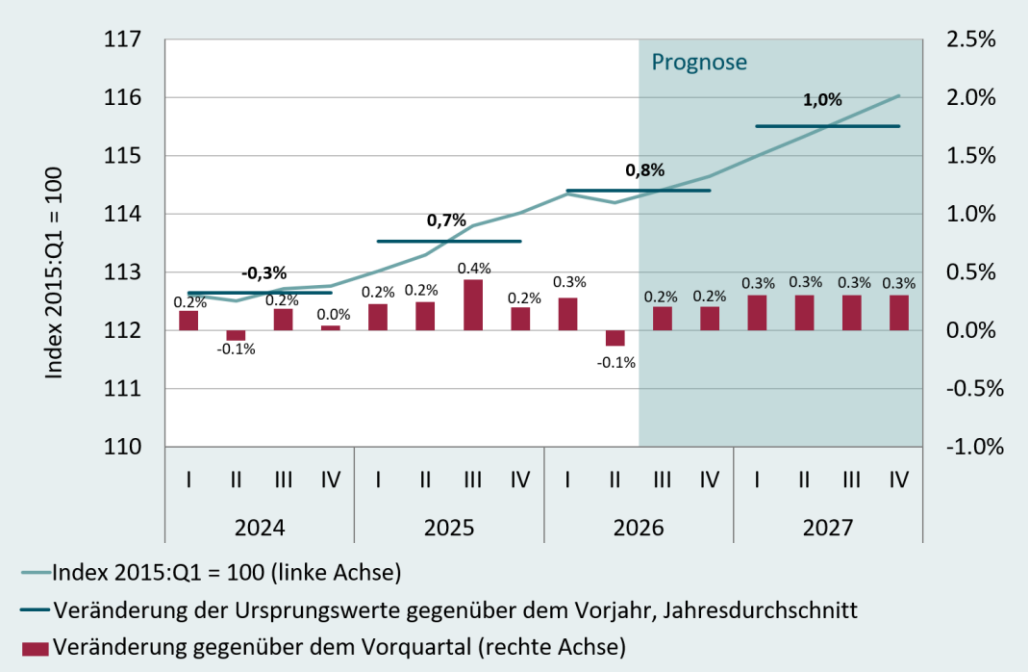
Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt

saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistik Austria, ab 3. Quartal 2026 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Aktuelle Entwicklungen

Die **Weltwirtschaft** hat sich bisher als bemerkenswert resilient gegenüber den vielfältigen Schocks erwiesen. Der Krieg im Nahen Osten hat zwar global die Energiepreise stark steigen lassen, Einbußen der Produktion und des internationalen Handels blieben aber weitgehend auf die Golfregion begrenzt. Gestützt wurde die Konjunktur vor allem durch die anhaltend lebhafte globale Investitionsnachfrage im Zusammenhang mit Hochtechnologie-Anwendungen und der Künstlichen Intelligenz (KI). Zudem dürfte ein vorsorglicher Lageraufbau in Erwartung möglicher Lieferkettenstörungen aufgrund der Blockade der Straße von Hormus die Aktivität unterstützt haben.

Im Aggregat der **OECD-Länder** stieg das reale saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2026 um 0,6 %, nach 0,4 % im ersten Quartal. Dabei blieb die Konjunktur in den USA mit einem Quartalswachstum von jeweils 0,6 % in beiden Quartalen kräftig. Haupttreiber waren der private Konsum sowie Investitionen in KI-Anwendungen und den Bau von Rechenzentren. Die Nettoexporte trugen im zweiten Quartal negativ zum Wachstum bei, da sich das Exportwachstum abschwächte, während die Importe weiterhin kräftig zulegten. In Japan setzte sich die moderate Expansion fort. Dort waren steigende Ausfuhren bei rückläufigen Einfuhren maßgeblich für die Konjunktur. Die Inlandsnachfrage blieb hingegen schwach. Im Vereinigten Königreich blieb die Konjunktur robust. Wachstumsimpulse kamen vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe, aber auch der volkswirtschaftlich bedeutende Dienstleistungssektor sowie die Bauwirtschaft expandierten spürbar. Unter den Schwellenländern verlor die chinesische Volkswirtschaft an Schwung. Einem Quartalswachstum von 1,3 % im ersten Jahresviertel folgte eine Verlangsamung auf 0,9 % im zweiten Quartal. Die Exporte blieben der größte Wachstumstreiber, während sich die Inlandskonjunktur abschwächte. Dies betraf die Industrieproduktion, die Einzelhandelsumsätze und den Dienstleistungsbereich. Insbesondere setzte sich die Krise am Immobilienmarkt fort. Die Regierung kündigte Maßnahmen zur Belebung des privaten Konsums an. In Indien schwächte sich das Quartalswachstum von 2,1 % auf 1,8 % ab. In Brasilien verringerte sich das Wachstum ebenfalls, in Argentinien ging die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal zurück, nachdem sie im ersten Jahresviertel noch recht deutlich zugelegt hatte.

Im **Euroraum** nahm das BIP im zweiten Quartal um 0,6 % zu, nach einer Stagnation im ersten Quartal. Ohne Irland, dessen BIP-Daten aufgrund der Dispositionen multinationaler Unternehmen seit mehreren Jahren ungewöhnlich volatil und

revisionsanfällig sind, stieg die Wirtschaftsleistung in beiden Quartal um rund 0,3 %. Im zweiten Quartal zogen vor allem die Exporte deutlich an, nachdem sie im ersten Quartal gesunken waren. Die Anlageinvestitionen stagnierten, während sich der private Konsum etwas belebte. Entstehungsseitig trugen im zweiten Quartal alle Wirtschaftsbereiche zum Wachstum bei, wobei insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch im Bausektor, eine spürbare Belebung einsetzte. Der Arbeitsmarkt blieb robust. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im ersten und im zweiten Quartal jeweils um 0,1 %, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden nahm im ersten Quartal um 0,3 % zu, im zweiten Quartal um 0,1 % ab. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote beträgt seit Februar 6,4 %.

Die Industrieproduktion wurde im zweiten Quartal gemäß Daten des niederländischen CPB in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften um 1,3 % gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet, nach 1,0 % im ersten Quartal. In den Schwellenländern ging die Industrieproduktion im Frühjahr um 0,4 % zurück, was auf einen Einbruch im Nahen Osten und auf eine Stagnation in China zurückzuführen ist. Im Juli setzte sich die Expansion der industriellen Fertigung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften fort. In China erholte sich die Industrieproduktion etwas, und im Nahen Osten schwächte sich der Rückgang ab. Der Welthandel verlor gemäß CPB-Daten im zweiten Quartal an Schwung, blieb insgesamt aber robust. Im Durchschnitt der ersten sieben Monate war er um 5,7 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Besonders stark legten die Ausfuhren Chinas (15,1 %) und der fortgeschrittenen Volkswirtschaften Asiens ohne Japan (23,7 %) zu. Getragen wurde das Welthandelswachstum vor allem von Ausrüstungsgütern im Zusammenhang mit KI. Die Exporte des Euroraums lagen im Durchschnitt der ersten sieben Monate noch leicht unter dem Vorjahresniveau, was auf die schwache Entwicklung zu Jahresbeginn zurückzuführen ist. Im zweiten Quartal nahmen auch sie Fahrt auf.

Die Spannungen im Nahen Osten mit der teilweisen Blockade der Straße von Hormus und Beeinträchtigungen der Schifffahrt in der Meerenge von Bab al-Mandab beeinflussen erheblich die Öl- und Gaspreise. Nach der Verständigung auf ein Rahmenabkommen zwischen den USA und Iran und der vorübergehenden Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus sanken die Ölnotierungen im Juni kräftig. Im Juli zogen sie infolge neuer militärischer Angriffe und der erneuten Blockade der Straße von Hormus jedoch wieder an. Im September kamen weitere Probleme hinzu. Saudi-Arabien versuchte, den blockierten Seeweg zu umgehen, indem es Rohöl über eine Pipeline an das Rote Meer leitete. Nach Drohnenangriffen pro-iranischer Milizen musste diese Pipeline jedoch zeitweise abgeschaltet werden. Darüber hinaus flammten Kämpfe an der Meerenge von Bab al-Mandab auf, die seit der Blockade der Straße von Hormus an Bedeutung gewonnen hatte. In der Folge stieg der

Ölpreis für ein Barrel der Sorte Brent zur Lieferung in zwei Monaten zeitweise über die Marke von 100 US-Dollar, nachdem er Anfang Juli bis auf 71 US-Dollar gesunken war. Ende September kostete ein Barrel Öl mit rund 98 Dollar gut ein Drittel mehr als Ende Februar vor Beginn des Iran-Kriegs. Noch deutlich stärker legten die Gaspreise zu. in der EU mussten Ende September rund 72 Euro je Megawattstunde und damit mehr als doppelt so viel wie vor dem Iran-Krieg gezahlt werden. Der kräftige Anstieg dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Blockade der Straße von Hormus bei Flüssiggas schwerer zu kompensieren ist als bei Erdöl. Außerdem sind die Füllstände der europäischen Gasspeicher derzeit deutlich niedriger als zu dieser Jahreszeit üblich. Auch der Dieselpreis ist zuletzt stark gestiegen. Dies ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass Russland auf die kriegsbedingten Beschädigungen seiner Raffinerien mit Exportbeschränkungen reagierte. Auf Druck der USA beschlossen die G7-Staaten am 2. Oktober die Freigabe von bis zu 100 Mio. Barrel Diesel über einen Zeitraum von vier Monaten. Die Freigabe soll über die Internationale Energieagentur abgewickelt werden. Im Einklang mit den Terminmarktnotierungen wird für die Prognose unterstellt, dass der Ölpreis von einem Jahresdurchschnitt von 93,0 US-Dollar je Barrel Brent im heurigen Jahr leicht auf 85,5 Dollar im kommenden Jahr sinken wird.

Mit den Energiepreisen haben im Frühjahr und Sommer auch die Verbraucherpreise spürbar angezogen. In der Gruppe der OECD-Länder stiegen sie im August um 4,3 %, nach 4,2 % im Juli. In den USA betrug die Inflation im Juli und im August jeweils 4,2 %. Im Euroraum beschleunigte sich die Preissteigerung von 3,0 % im Juli auf 3,2 % im August und 3,8 % im September. Maßgeblich für den Anstieg war die Energiekomponente, die im September im Euroraum um knapp 19 % zulegte. Aber auch die Kerninflation lag mit rund 3 % in den vergangenen Monaten über dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2 %.

Die Europäische Zentralbank reagierte auf die höhere Inflation im September mit einer weiteren Erhöhung der drei Leitzinssätze um jeweils 0,25 Prozentpunkte, nach einem gleich großen Zinsschritt im Juni. Damit liegt der Einlagensatz im Euroraum derzeit bei 2,50 %. Nachdem sie die Geldpolitik lange nicht verändert hatte, erhöhte im September auch die US-Notenbank Fed den Leitzins angesichts der weiterhin erhöhten Inflation und einer robusten wirtschaftlichen Entwicklung um 25 Basispunkte. Die Spanne für den Leitzins beträgt damit 3,75 % bis 4,00 %. Die Bank of England beließ ihren Leitzins bisher bei 3,75 %. Auch die Schweizerische Nationalbank änderte ihre Zinspolitik bisher nicht; sie hielt ihren Leitzins bei 0 %. Gleichzeitig versucht sie, durch Verkäufe von Schweizer Franken dem Aufwertungsdruck zu begegnen. Die Bank of Japan setzte die Normalisierung der Geldpolitik fort und erhöhte den Leitzinssatz im September 2026 auf 1,25 %.

Auch die Kapitalmarktrenditen sind spürbar gestiegen, teils sogar deutlich stärker als die kurzfristigen Zinssätze. Bei Laufzeiten von mehr als zehn Jahren waren die Renditen großteils so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dazu trugen die Emissionen von Unternehmensanleihen zur Finanzierung von Investitionen im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz vor allem in den USA bei. Zudem sind die Renditen durch die umfangreiche aktuelle und erwartete weltweite Emission von Staatsanleihen unter Aufwärtsdruck geraten. Der Anstieg der langfristigen Renditen setzte einen Aufwärtstrend fort, der sich seit Ende 2024 in verschiedenen Ländern zeigt.

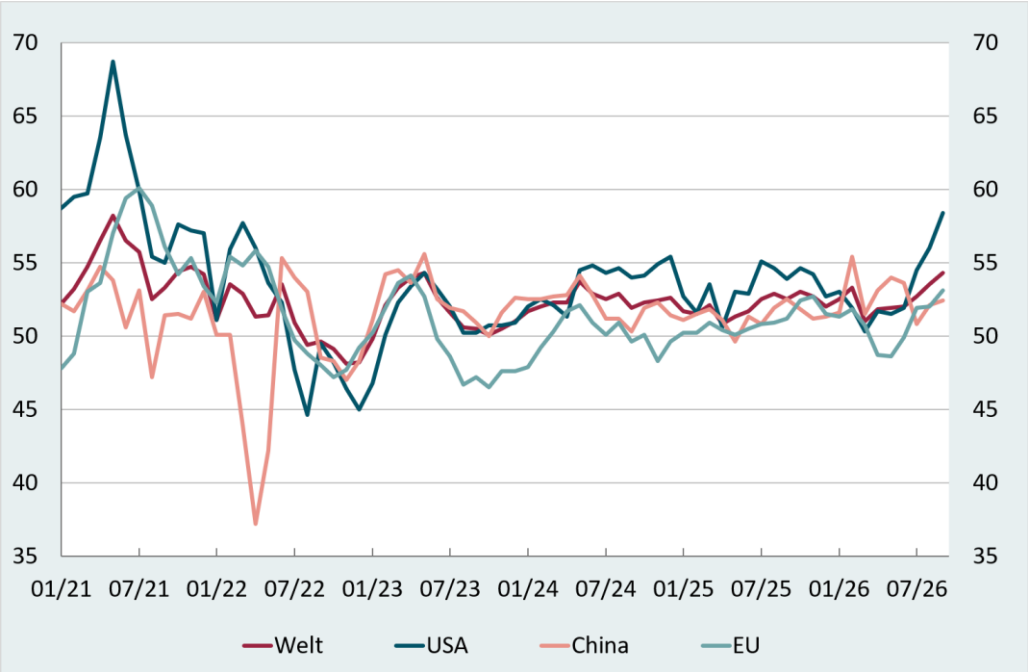
Der Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar war im zweiten Quartal weitgehend stabil. Seit der Zinserhöhung in den USA hat der Euro etwas abgewertet. Ende September kostete ein Euro rund 1,13 US-Dollar, nach 1,14 US-Dollar am Ende des zweiten Quartals. Zwischenzeitlich, vor der US-Zinserhöhung, hatte der Wechselkurs bei 1,16 US-Dollar je Euro gelegen. In den ersten Oktobertagen hat der Euro weiter an Wert gegenüber dem US-Dollar verloren, weil an den Kapitalmärkten mit weiteren US-Zinserhöhungen gerechnet wird. Außerdem sind in einigen Euroraum-Ländern, vor allem in Frankreich, die Renditen stark gestiegen, was an den Finanzmärkten Zweifel an der Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen im Euroraum nährt. Es kommt zu Kapitalflüssen in die USA und in die Schweiz. Der Konjunkturprognose wird ein Wechselkurs von 1,16 Euro je US-Dollar im Durchschnitt des laufenden wie auch des kommenden Jahres zugrunde gelegt.

2.2 Ausblick

Wie es mit der internationalen Konjunktur weitergeht, hängt entscheidend von der Situation am Persischen Golf ab. Umfragebasierte Indikatoren wie die globalen Einkaufsmanagerindizes lassen eine weitere moderate Expansion der Weltwirtschaft erwarten (Abbildung 7). Die Einkaufsmanagerindizes liegen in den meisten großen Volkswirtschaften über der Schwelle von 50 Punkten, die eine Expansion der wirtschaftlichen Aktivität anzeigt. Das weltweite BIP-Wachstum wird für 2026 auf 2,9 % und für 2027 auf 2,8 % prognostiziert (Tabelle 3). Die hohe Inflation, ein schwächeres Wachstum der Realeinkommen und höhere Zinsen werden die Wachstumsdynamik in vielen Volkswirtschaften kurzfristig dämpfen; allerdings dürften eine robuste KI-gestützte Aktivität sowie die für das kommende Jahr erwartete Entspannung bei den Energiepreisen dazu beitragen, dass sich die Konjunktur allmählich wieder verstärkt. Für die USA wird ein Anstieg der Wirtschaftsleistung von 2,2 % im Jahr 2026 und 2,0 % im Jahr 2027 erwartet, getragen vor allem von starken Investitionen im KI-Bereich, während sich die Dynamik des privaten Konsums verringert. In den OECD-Ländern dürfte das Wachstum 1,8 % bzw. 1,7 % erreichen, in Japan 0,8 % bzw. 0,7 %. In China

dürfte sich das Wachstum auf 4,5 % im Jahr 2026 und 4,2 % im Jahr 2027 abschwächen, in Indien mit 7,6 % sowie 6,5 % sehr stark bleiben.

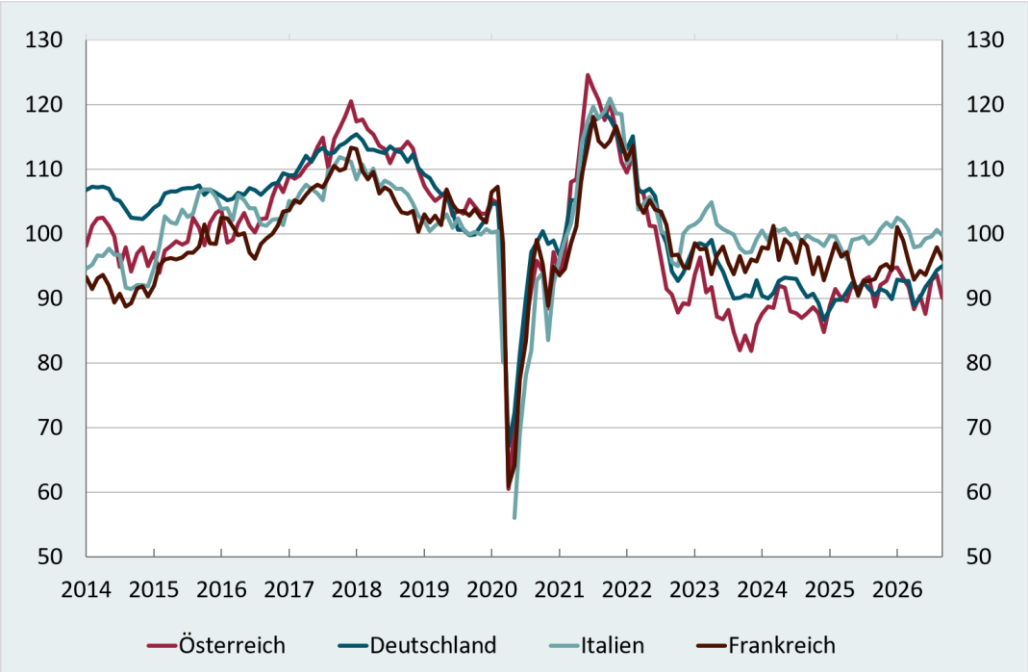
Abbildung 7: Einkaufsmanagerindizes in ausgewählten Ländern und Regionen



Quelle: LSEG Datastream

Auch im Euroraum dürfte sich die moderate Konjunkturbelebung fortsetzen. Darauf deutet etwa der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) der Europäischen Kommission hin, der sich im Frühjahr und Sommer stabil entwickelt hat (Abbildung 8). Trotz der bereits hohen Finanzierungsdefizite und Schuldenstände dürften von der Finanzpolitik im Euroraum weiterhin leicht expansive Impulse ausgehen. Zusätzliche Verteidigungs- und Infrastrukturausgaben stützen die Konjunktur ebenso wie in vielen Ländern beschlossene Maßnahmen zur Entlastung von Haushalten und Unternehmen von den gestiegenen Energiekosten. Außerdem dürfte es auch im kommenden Jahr noch möglich sein, Projekte aus dem „Next Generation EU"-Programm zu finanzieren, etwa indem noch offene Mittel auf andere EU-Fonds übertragen werden, obwohl bis 31. August 2026 die Mitgliedstaaten die Investitions- und Reformziele erreicht haben mussten, um die Mittel aus dem Programm abzurufen.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Quelle: Europäische Kommission, LSEG Datastream

Im Prognosezeitraum profitiert die Konjunktur von der Widerstandsfähigkeit der privaten Konsumausgaben und der Exporte. Zudem dürften die allmählich sinkenden Energiepreise und ein starker Arbeitsmarkt die Einkommen der privaten Haushalte und damit auch den Konsum stützen. Das Wachstum wird zunehmend von den Unternehmens- und Wohnungsbauinvestitionen getragen werden. Dieses wird jedoch von den gestiegenen Finanzierungskosten gebremst. Das Exportwachstum dürfte von einer steigenden Auslandsnachfrage profitieren. Es wird jedoch von Herausforderungen in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Unsicherheit hinsichtlich der globalen Handelspolitik belastet. Für den Jahresdurchschnitt 2026 wird ein BIP-Wachstum von 1,0 % erwartet, das sich im kommenden Jahr leicht auf 1,3 % beschleunigen dürfte (Tabelle 2). In Deutschland bleibt die Konjunktur solide, gestützt insbesondere durch die starke Ausweitung der öffentlichen Investitionen für Verteidigung und Infrastruktur. Die Exporte sollten auch weiterhin von der hohen Nachfrage nach Ausrüstungsgütern für Rechenzentren profitieren. In Frankreich und in Italien dürfte sich das solide Wachstum fortsetzen, ebenso in Mittel- und Osteuropa. Die Inflation dürfte im Jahresdurchschnitt mit 3,0 % deutlich höher als im vergangenen Jahr sein und auch im Durchschnitt des kommenden Jahres mit 2,7 % über der EZB-Zielmarke liegen. Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich leicht sinken.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2025	2026	2027
BIP-Veränderung	1,2	1,0	1,3
Arbeitslosenquote	6,4	6,3	6,2
HVPI-Inflation	2,1	3,0	2,7

Quelle: Eurostat, ab 2026 Prognose des IHS

2.3 Risiken

Die Prognose ist mit erheblicher Unsicherheit behaftet, insbesondere hinsichtlich der weiteren Entwicklungen auf den Energiemärkten. Die Öl- und Gaspreise hängen entscheidend von der Dauer der Versorgungsengpässe, dem Anpassungsvermögen von Unternehmen und Haushalten sowie den geopolitischen Entwicklungen ab. Eine schnellere Normalisierung der Energiemärkte würde den Inflationsdruck mindern und die Konjunktur stützen, während erneute oder anhaltendere Versorgungsengpässe sowohl zu einer höheren Inflation als auch zu einem schwächeren Wachstum führen könnten. Angesichts des erneuten Energiepreisschocks und einer über dem Ziel liegenden Inflation müssen die Zentralbanken sicherstellen, dass die Inflationserwartungen fest verankert bleiben. Weitere geldpolitische Anpassungen könnten erforderlich werden, sollten Anzeichen für eine Ausweitung des Preisdrucks auftreten. Höhere Zinsen könnten die Investitionen stärker beeinträchtigen als in der Prognose unterstellt.

Zu den weiteren Abwärtsrisiken zählen potenzielle wetterbedingte Versorgungsschocks, darunter ein sehr starker El Niño, die sich negativ auf die landwirtschaftliche Produktion auswirken. Ein weiterer Anstieg der Renditen langfristiger Staatsanleihen oder hinter den Erwartungen zurückbleibende Erträge aus KI-Investitionen könnten ebenfalls zu einer Neubewertung an den Aktienmärkten führen und die Wachstumsaussichten trüben. Auf der positiven Seite könnte eine schnellere, produktivitätssteigernde Einführung von KI-Technologien zu einem stärkeren Wachstum als prognostiziert führen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2023	2024	2025	2026	2027
BIP, real					
Euroraum	0,4	1,2	1,2	1,0	1,3
Deutschland	−1,0	0,0	0,2	1,3	1,1
Italien	1,0	1,1	0,6	0,9	0,8
Frankreich	1,6	1,5	0,8	0,5	0,8
MOEL-5[i]	0,3	2,3	2,8	2,6	2,4
Polen	0,2	3,2	3,8	3,2	2,7
Slowakei	2,1	1,9	0,8	0,8	1,2
Tschechien	0,0	1,3	2,6	1,8	2,3
Ungarn	−0,7	0,7	0,7	2,0	2,5
Slowenien	2,6	2,0	1,5	3,4	1,2
EU-27	0,4	1,3	1,4	1,2	1,4
Vereinigtes Königreich	0,3	1,0	1,3	1,3	1,2
Schweiz	0,8	1,4	1,3	2,3	1,4
USA	2,9	2,8	2,2	2,2	2,0
Japan	0,9	0,1	1,2	0,8	0,7
OECD	1,8	1,8	1,8	1,8	1,7
China	5,4	5,0	5,0	4,5	4,2
Indien	7,7	7,4	7,3	7,6	6,5
Welt	3,3	3,4	3,4	2,9	2,8
Welthandel (Waren laut CPB)	−0,8	2,8	4,4	5,7	3,0
Österreichische Exportmärkte	−0,1	1,6	4,0	2,1	2,2
USD/EUR-Wechselkurs[ii]	1,08	1,08	1,13	1,16	1,16
Rohölpreis (USD je Barrel Brent)[ii]	82,5	80,5	69,1	93,0	85,5

[i]MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien
[ii]absolute Werte
Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, LSEG Datastream, ab 2026 Prognose des IHS

3 Perspektiven der österreichischen Wirtschaft

3.1 Außenwirtschaft

Die internationale Nachfrage nach den Produkten heimischer Unternehmen hat sich im Jahresverlauf weiter belebt, der Welthandel erweist sich trotz geopolitischer Spannungen und handelspolitischer Unsicherheit als robust. Insbesondere die kräftige Nachfrage nach technologie- und KI-bezogenen Gütern stützt die globale Handelsentwicklung, wovon die österreichische Exportwirtschaft aufgrund ihrer sektoralen Struktur allerdings nur teilweise profitiert. Gleichzeitig belasten die höheren US-Zölle und die anhaltenden geopolitischen Risiken die Exportaussichten. Die Auswirkungen des Konflikts im Nahen Osten und der Blockade der Straße von Hormus haben sich zwar gegenüber dem Frühjahr abgeschwächt, die Risiken für Transport und Lieferketten bleiben jedoch hoch und die Energiepreise stiegen zuletzt wieder stark. Insgesamt hat sich das außenwirtschaftliche Umfeld aufgehellt, bleibt aufgrund der handelspolitischen und geopolitischen Unsicherheiten jedoch fragil.

Die realen Warenexporte stiegen im zweiten Quartal um 1,9 % gegenüber dem Vorquartal. Laut Außenhandelsstatistik hat sich die Nachfrage aus Deutschland kontinuierlich erholt. Im zweiten Quartal wurden Waren im Wert von 14,8 Milliarden Euro nach Deutschland exportiert, was einem Anstieg von 6,1 % gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht. Die nominellen Exporte nach Deutschland von Maschinen und Fahrzeugen, mit rund 38 % die größte Warengruppe, verzeichneten einen Zuwachs von 4,2 %. Chemische Erzeugnisse und Bearbeitete Waren, die mit 10,6 % bzw. 21,6 % ebenfalls große Anteile an den Warenexporten nach Deutschland einnehmen, stiegen um 17,3 % bzw. 10,8 %, während die Exporte von Konsumnahen Gütern, die einen Anteil von 10,0 % ausmachen, um 0,2 % zurückgingen.

Die Warenexporte in die USA, dem wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU, brachen im vergangenen Jahr infolge der US-Zollanhebungen ein.[1] Seit dem Frühjahr zeichnet sich jedoch eine Trendwende ab und im zweiten Quartal 2026 stiegen die nominellen Warenexporte um 10,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Erholung wurde vor allem durch die Zunahme der Exporte von Maschinen und Fahrzeugen (11,6 %) und Chemischen Erzeugnissen (24,4 %) getragen, während die Ausfuhren Bearbeiteter Waren rückläufig blieben (-5,5 %). Die Ausfuhren Konsumnaher Güter

[1] Vergleiche dazu die Modellprognosen in Bonin et. al. (2025), Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025-2029. Mäßiges Wachstumspotenzial in einem fragilen globalen Umfeld. Wirtschaftsprognose 138, Juli 2025.

brachen zwar im ersten Quartal um 30,4 % ein, verzeichneten aber im zweiten Quartal eine Erholung um 5,4 %.

Insgesamt haben sich die Warenexporte in die wichtigsten Exportdestinationen im ersten Halbjahr erholt (Abbildung 9). Im Jahresabstand stiegen im zweiten Quartal die Warenexporte in die Schweiz um 16,0 %, nach Italien um 14,5 %, nach Polen um 12,3 %, nach Frankreich um 6,2 %, in die Niederlande um 5,1 %, nach Ungarn um 4,2 % und nach Tschechien um 4,1 %. Eine Ausnahme bildeten die Warenexporte nach China, die um 15,1 % zurückgingen.

Abbildung 9: Warenexporte nach Ländern

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in Prozent

Anmerkung: Nominelle Warenexporte laut Außenhandelsstatistik. Quelle: Statistik Austria

Allerdings waren die Anstiege der nominellen Warenexporte nicht nur auf höhere Ausfuhrmengen, sondern auch auf steigende Preise zurückzuführen. Im zweiten Quartal erhöhte sich der Deflator der Warenexporte um 3,5 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Der Deflator der Warenimporte stieg sogar um 5,0 %. Der Deflator des FIW Trade Indicators, der ein Signal über zeitnahe Entwicklungen des Warenaußenhandels liefert, weist für August Preissteigerungen bei den Warenexporten und -importen von 4,4 % bzw. 3,5 % aus.

Die Prognose für die Außenwirtschaft ist angesichts der Situation im Nahen Osten und der erratischen US-Handelspolitik mit hoher Unsicherheit behaftet. Der FIW Trade Indicator signalisiert bis einschließlich August trotz des Gegenwinds eine Belebung der Exportnachfrage und deutet auf eine positive Entwicklung in den ersten drei Quartalen hin. Im Juli und August lag der durchschnittliche reale Anstieg laut FIW

Trade Indicator bei 4,3 %. Der neue FIW Trade Indicator DE zeigt bei den realen Warenexporten nach Deutschland bislang ein gemischtes Bild. Demnach kam es im Frühjahr zu einem starken Anstieg, der seit der Jahresmitte jedoch etwas nachgelassen hat. Die Einschätzung der Auslandsauftragsbestände in der heimischen Sachgüterindustrie hat sich verbessert, war aber in den vergangenen Monaten sehr volatil. Insgesamt ergibt sich das Bild einer resilienten Exportentwicklung. Für das Jahr 2026 wird ein Anstieg der realen Warenexporte um 2,5 % erwartet. Im Jahr 2027 dürfte mit dem Abflauen der negativen Effekte des Energiepreisschocks und einer weiteren Erholung der globalen Konjunktur ein anhaltendes Wachstum von 2,8 % möglich sein. Für die Jahre 2026 und 2027 werden Anstiege der realen Warenimporte um 2,0 % bzw. 2,3 % erwartet.

Gemessen an den Ankunfts- und Nächtigungszahlen ausländischer Gäste verlief der Fremdenverkehr bislang positiv. Zwischen Jänner und August stieg die Zahl der Nächtigungen ausländischer Gäste um 1,9 %. Wien verzeichnete in diesem Zeitraum 8,2 Millionen Nächtigungen ausländischer Gäste und damit einen Zuwachs um 3,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das IHS rechnet für das laufende und das kommende Jahr mit Anstiegen der realen Reiseverkehrsexporte um 2,0 % bzw. 1,4 %.

Insgesamt wird für das laufende Jahr ein Wachstum der realen Exporte i. w. S. um 2,0 % prognostiziert. Für das Jahr 2027 wird eine weitere Erholung und damit ein Anstieg um 2,3 % erwartet. Für die realen Importe i. w. S. wird im laufenden Jahr ein Anstieg um 2,0 % prognostiziert. Für das Jahr 2027 geht das Institut von einem Zuwachs um 2,2 % aus.

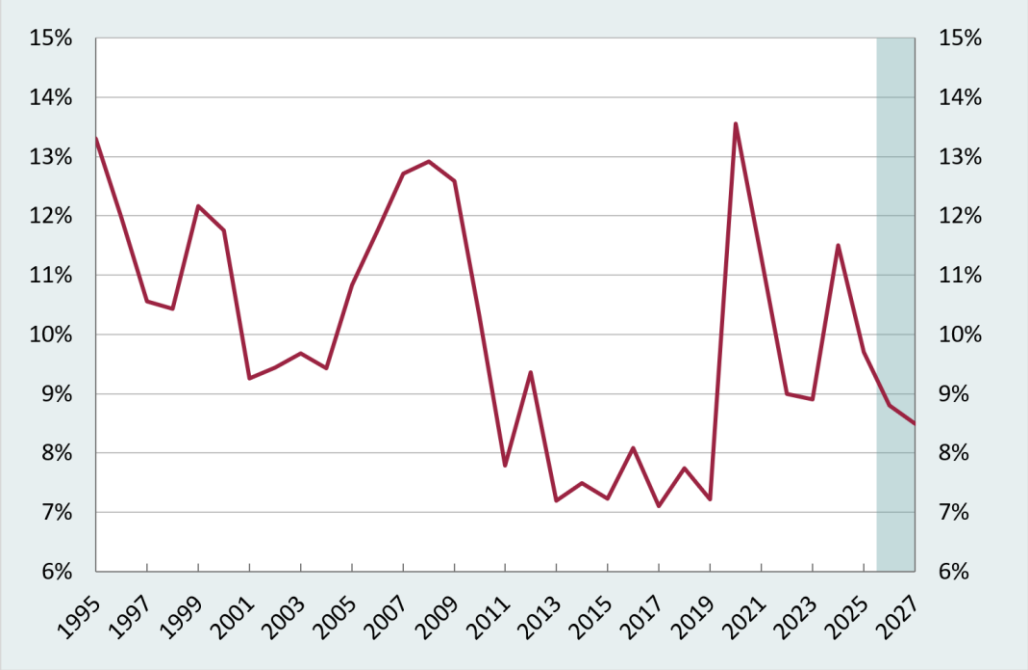
3.2 Privater Konsum

Gegenüber der Sommer-Prognose haben sich die Aussichten auf eine rasche Stabilisierung des Preisauftriebs verschlechtert, die höhere Inflation drückt nun stärker auf die Realeinkommen der Haushalte. Vor allem für das kommende Jahr musste die Einschätzung des Preisauftriebs aufwärts revidiert werden. Daraus ergibt sich eine schwächere Dynamik der Realeinkommen. Allerdings zeichnen einige Indikatoren fortgesetzt das Bild einer lebhaften Konsumstimmung. Die Umsätze im Einzelhandel sind stabil, die Neuanmeldungen von Automobilen sind besonders lebhaft. Die Prognose der Konsumdynamik hat sich insgesamt kaum verändert, für das nächste Jahr musste sie nur geringfügig zurückgenommen werden.

Das Konsumwachstum ist allerdings nur durch eine Reduktion der Sparquote möglich. Im vergangenen Jahr sind die real verfügbaren Haushaltseinkommen um 1,7 % geschrumpft, für heuer ist ein weiterer Rückgang von 0,5 % zu erwarten. Erst im kommenden Jahr weist die IHS-Prognose wieder ein bescheidenes Wachstum von 0,3 %

aus. Demgegenüber expandiert der **reale Konsum der Haushalte** im laufenden Jahr um immerhin 0,5 %, im kommenden Jahr um 0,7 %. Aus dieser Diskrepanz ergibt sich eine langsam, aber kontinuierlich fallende Haushaltssparquote, von den noch recht hohen 9,7 % des Vorjahres über heuer 8,8 % auf 8,5 % im Jahr 2027.

Abbildung 10: Sparquote der privaten Haushalte



Quelle: Statistik Austria, ab 2026 Prognose des IHS

Abbildung 10 zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** über die letzten Jahrzehnte. In der jüngeren Vergangenheit wird das Bild zunächst durch die Epoche der Pandemie in den Jahren 2020/2021, dann durch die ungewöhnliche Konsumzurückhaltung 2024 dominiert. Diese deutlich zweistelligen Spitzenwerte entsprechen wahrscheinlich nicht den längerfristigen Wünschen und Plänen der Haushalte. Der langfristige Zielwert für die Spartätigkeit der Haushalte ist weiter unsicher, die Einschätzungen dafür haben sich seit der Sommer-Prognose und infolge von Datenrevisionen etwas reduziert. Andererseits ist die makroökonometrische Konsumfunktion statistisch äußerst stabil und beschreibt die Nachfrage des Vorjahres im Rückblick präzise. Seit 2025 ist jedenfalls eine fallende Tendenz zu erkennen, da die Haushalte auf die schwache und teils rückläufige Entwicklung der Realeinkommen mit einer Verringerung ihrer Ersparnisbildung reagieren. Die Haushaltssparquote scheint derzeit einem möglichen Sollwert von gut 8 % zuzustreben.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** hat sich in den vergangenen Jahren unregelmäßig entwickelt,

wobei recht starke Zuwachsraten aufgetreten sind, aber auch einzelne Einbrüche. Die Vorhersage der Wachstumsraten in den beiden Prognosejahren folgt dem Konsum der Haushalte, nämlich 0,5 % und 0,7 %. Der private Konsum insgesamt ergibt sich als Summe des Haushaltskonsums und der Non-Profit-Dienste. Für die beiden Jahre 2026 und 2027 prognostiziert das IHS daher ebenfalls Zuwächse von 0,5 % und 0,7 %.

3.3 Investitionen

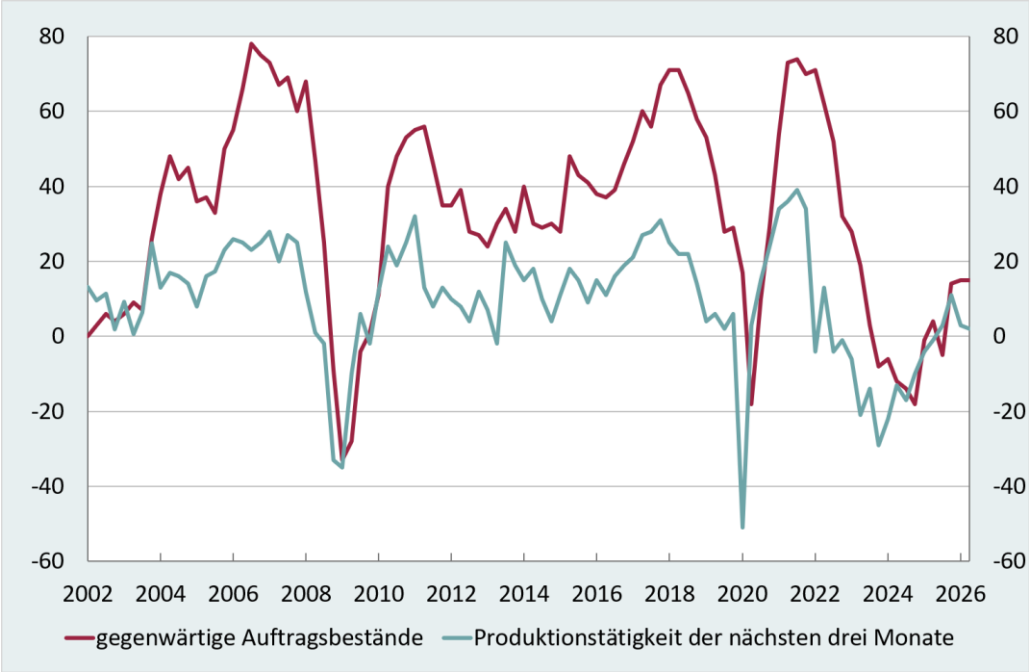
Nach der turnusmäßigen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch Statistik Austria im September stellt sich die Entwicklung der **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** im Zeitraum 2022 bis 2024 günstiger, im Jahr 2025 etwas ungünstiger dar als bisher ausgewiesen. Insbesondere war für das Jahr 2024 vor der Revision ein Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen um 2,8 % ausgewiesen worden, während nunmehr ein Anstieg um 1,2 % zu Buche steht. Für das Jahr 2025 wurde der Anstieg von 6,5 % auf 4,8 % nach unten revidiert. Insgesamt waren im Jahr 2025 gemäß dem aktuellen Stand der VGR die realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen um rund 2 Mrd. Euro oder 4 % höher als nach dem früheren Rechenstand.

Im bisherigen Verlauf des Jahres 2026 setzte sich die positive Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen fort, wenngleich die Investitionstätigkeit etwas an Schwung verlor. Im ersten Halbjahr waren die Ausrüstungsinvestitionen um 3,3 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Besonders kräftig wurden die Käufe von Ausrüstungsgütern der Informations- und Kommunikationstechnologie ausgeweitet. Traditionell volatil sind die Anschaffungen von Fahrzeugen. Im Vorjahresvergleich stiegen sie im ersten Quartal um 18,4 % und im zweiten Quartal um 1,3 %.

Für den Prognosezeitraum kann mit einer weiteren moderaten Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen gerechnet werden. Die internationale Konjunktur stützt die Exporte und somit die Industrieproduktion, wovon die Investitionen profitieren. So haben sich in den vergangenen Monaten die Beurteilung der Auftragsbestände und die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Produktionstätigkeit der heimischen Industrieunternehmen in der Tendenz verbessert, auch wenn zuletzt kein weiterer Anstieg zu beobachten war (Abbildung 11). Es bestehen aber auch Faktoren, die einer deutlichen Belebung der Investitionen im Wege stehen. So ist die Auslastung der Produktionskapazitäten im historischen Vergleich noch immer niedrig (Abbildung 12). Dies spricht dafür, dass im Prognosezeitraum hauptsächlich Ersatzinvestitionen getätigt werden, während kaum in die Erweiterung von Produktionskapazitäten investiert werden dürfte.

Abbildung 11: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

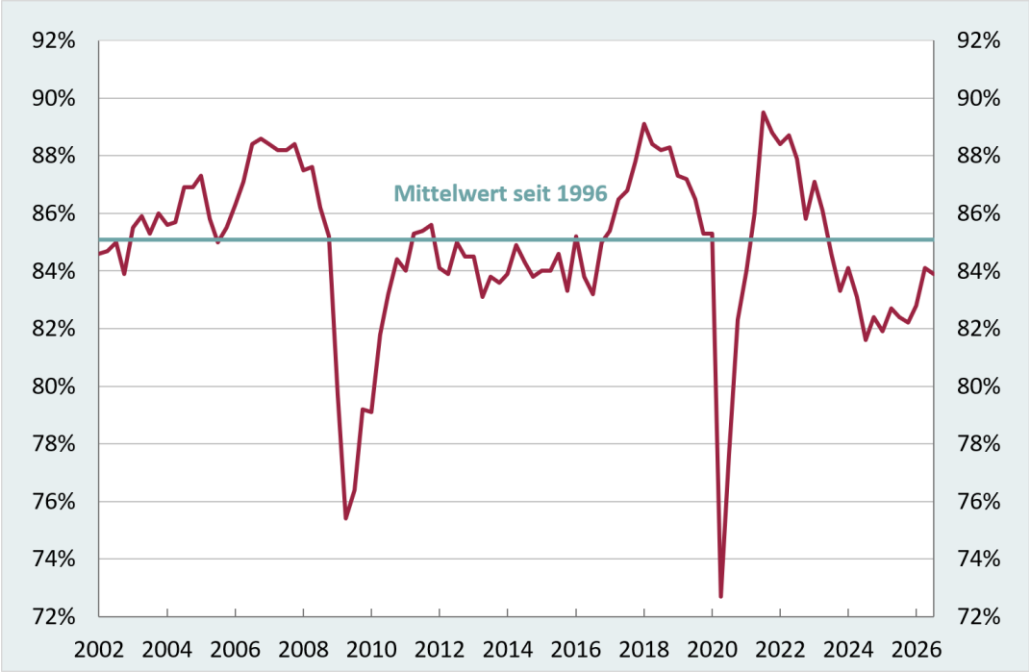
Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Abbildung 12: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie

saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Gegenwind kommt auch vom Finanzierungsumfeld. Mit den Leitzinserhöhungen der EZB und im Einklang mit der Entwicklung auf den globalen Kapitalmärkten sind auch in Österreich die langfristigen Zinssätze gestiegen. Die Zinssätze für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen waren im August abhängig von Kredithöhe und Laufzeit um 0,3 bis 0,5 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Da die Leitzinsen wohl noch weiter erhöht werden und die Weitergabe an die langfristigen Zinssätze nur allmählich erfolgt, werden die Kreditzinsen voraussichtlich noch weiter steigen, was die Finanzierungskosten von Sachkapitalinvestitionen erhöht. Gemäß der euroraumweiten Umfrage zum Kreditgeschäft hat sich in Österreich die Angebotspolitik der Banken gegenüber Unternehmen in den letzten Quartalen kaum verändert. Die Banken haben allerdings ihre Kreditrichtlinien und die Kreditbedingungen in den vergangenen Jahren tendenziell verschärft und das vor allem mit einer zunehmend ungünstigeren Risikoeinschätzung begründet. Alles in allem dürften die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen im laufenden Jahr um 2,5 % und im kommenden Jahr um 1,5 % zulegen.

Der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen war im ersten Halbjahr 2026 um 2,4 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Infolge des Energiepreisschubs legte der Anstieg von 2,1 % im ersten Quartal auf 2,7 % im zweiten Quartal zu. Neben den Energiepreisen erhöhten sich auch andere Rohstoffpreise. So trieben der Boom im Bereich der Künstlichen Intelligenz und die Dekarbonisierung der Wirtschaft über eine hohe Nachfrage die Preise für Industriemetalle. Daher dürfte der Preisauftrieb bei den Ausrüstungsinvestitionen nur allmählich nachgeben. Der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen dürfte alles in allem im laufenden Jahr um 2,4 % und im kommenden Jahr um 2,0 % steigen.

Die **realen Bauinvestitionen** stellen sich nach der VGR-Revision noch ungünstiger dar als zuvor ausgewiesen. Nur für das Jahr 2022 wird nunmehr ein etwas geringerer, für die Jahre 2023 bis 2025 aber teils deutlich stärkere Rückgänge ausgewiesen. Insgesamt waren die realen Bauinvestitionen im Jahr 2025 um rund 1,2 Mrd. Euro bzw. 3,4 % niedriger als bislang gemeldet. Dabei beläuft sich die Abwärtsrevision bei den Wohnbauinvestitionen auf 5,9 % und bei den sonstigen Bauinvestitionen auf 0,8 %. Für das Jahr 2025 wurde der Rückgang von 2,3 % auf 2,9 % revidiert.

Im ersten Halbjahr 2026 sanken die realen Bauinvestitionen im Vergleich mit dem ersten Halbjahr 2025 um 1,2 %. Dabei gingen die Wohnbauinvestitionen um 4,3 % zurück, während die sonstigen Bauinvestitionen um 1,2 % ausgeweitet wurden. Im zweiten Quartal schwächten sich der Rückgang der Wohnbauinvestitionen und der Anstieg der sonstigen Bauinvestitionen etwas ab.

Für den Prognosezeitraum ist ein weiterer Rückgang der Bauinvestitionen zu erwarten. Nachdem sich die Baubewilligungen für neue Wohnungen im Jahr 2024 stabilisiert hatten, gingen sie im Jahr 2025 wieder zurück. Im ersten Quartal 2026 setzte sich der Rückgang fort. Die Baubewilligungen für 11.804 neue Wohnungen waren der niedrigste Wert für ein erstes Quartal seit 2012. Auch die Finanzierungsseite bremst die Wohnbauinvestitionen. Der durchschnittliche Zinssatz für Wohnbaukredite war im August um 0,2 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Auch hier sind weitere Zinsanstiege in den kommenden Monaten wahrscheinlich. Die Kreditangebotsbedingungen dürften weiterhin stabil bleiben. Auch die wieder stärker steigenden Baukosten belasten die Bauinvestitionen. Die Gebietskörperschaften und die ÖBB dürften im Zuge der Budgetkonsolidierung Bauinvestitionsvorhaben zeitlich verschieben oder im Umfang reduzieren. Für die Bauinvestitionen der Unternehmen ist zu erwarten, dass sie ebenso wie die Ausrüstungsinvestitionen im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen nur wenig zulegen werden. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die Bauinvestitionen im laufenden Jahr um 1,5 % und im kommenden Jahr um 0,5 % sinken werden.

Mit dem Energiepreisschub infolge des Kriegs im Nahen Osten haben die Baupreise im Jahresverlauf kräftig angezogen. Der Deflator der Bauinvestitionen stieg im ersten Quartal um 2,0 % und im zweiten Quartal um 3,8 % im Vorjahresvergleich. Dies ist vor allem auf Preise im Tiefbau zurückzuführen. Hier erhöhte sich die Steigerungsrate von 2,5 % im ersten auf 7,0 % im zweiten Quartal. Im Hochbau belief sich die Preissteigerung auf 2,0 % im ersten und auf 3,6 % im zweiten Quartal. Die monatlichen Daten zu den Baukosten signalisieren eine Fortsetzung des kräftigen Preisauftriebs. So nahmen im Juli und im August die Kosten im Wohnungs- und Siedlungsbau um rund 5 %, im Straßenbau um rund 8 % sowie im Brückenbau und im Siedlungswasserbau um 6 % bis 7 % zu. Da die Preisanstiege bei Energie und wichtigen Baumaterialien nur langsam nachlassen dürften, ist damit zu rechnen, dass der Deflator der Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2026 ebenso wie im Durchschnitt des kommenden Jahres jeweils um 3,5 % steigen wird.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** eine Zunahme um 0,8 % im laufenden bzw. 0,7 % im kommenden Jahr. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften um 1,2 % bzw. 1,3 % expandieren.

3.4 Öffentliche Haushalte

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** bleibt nahezu unverändert gegenüber der Sommer-Prognose des Instituts. Allenfalls hat sich die Ausgangslage für das heurige Jahr nach aktueller Betrachtung geringfügig verbessert. Das IHS rechnet für das laufende Jahr mit einem Defizit von 3,9 % des nominellen BIP. Für das Folgejahr wird ein weiterer leichter Rückgang des Defizits auf 3,7 % des BIP erwartet. Die Finanzpolitik bleibt von der Budgetkonsolidierung geprägt. Die konjunkturelle Belebung verbessert den Ausblick, jedoch zeichnen sich zusätzliche Belastungen durch die Energiepreisentwicklung und steigende Zinsausgaben ab.

Informationen des Finanzministeriums über den bisherigen Budgetvollzug deuten auf die Einhaltung des heurigen Budgetrahmens hin. Bis Ende August hat sich der Finanzierungssaldo des Bundes gegenüber dem Vorjahreszeitraum verbessert. Auch die jüngsten Daten für Länder und Gemeinden deuten auf eine etwas günstigere Entwicklung hin. Gleichwohl wird eine Reihe von Maßnahmen und Beschlüssen erst in der zweiten Jahreshälfte budgetwirksam. Dazu zählen die Reduktion der Umsatzsteuer auf ausgewählte Grundnahrungsmittel von 10 % auf 4,9 % und die Anhebung der Gehälter der öffentlich Bediensteten. Einnahmenseitig stützt die Entwicklung der nominellen Steuerbasen die öffentlichen Haushalte.

Zur Entlastung der Haushalte aufgrund hoher Energiepreise wurde eine Spritpreisbremse beschlossen, die die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel zeitweise senkt. Höhere Preise an den Tankstellen steigern einerseits das Aufkommen der Umsatzsteuer, anderseits reduzieren geringere Mineralölsteuersätze sowohl die unmittelbaren Einnahmen dieser Steuerart als auch die Basis für die Umsatzsteuer. Die Ausgestaltung der Maßnahme sieht vor, krisenbedingte öffentliche Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer und dem Energiekrisenbeitrag zur Finanzierung der Entlastung heranzuziehen. Bei hohen Kraftstoffpreisen ist daher mit einem hohen Selbstfinanzierungsgrad dieser Maßnahme zu rechnen. Der fiskalische Nettoeffekt fällt dadurch geringer aus als der unmittelbare Einnahmenentfall bei der Mineralölsteuer. Darüber hinaus wurde infolge der ausgeprägten Dürre und erheblicher Ernteausfälle im Sommer ein Hilfspaket für die Landwirtschaft vereinbart. Dieses umfasst insbesondere eine Entlastung bei den bäuerlichen Sozialversicherungsbeiträgen, Zinszuschüsse für Betriebsmittelkredite sowie eine höhere Förderung von Dürreversicherungen.

Ein Schwerpunkt der Finanzpolitik bleibt der Energiebereich. Die Senkung der Elektrizitätsabgabe, eine geringere Erneuerbaren-Förderpauschale, ein Sozialtarif für Strom und nicht zuletzt die Spritpreisbremse entlasten die privaten Haushalte und zielen auch darauf ab, die Inflation zu dämpfen. Gleichzeitig reduzieren sie für sich genommen die staatlichen Einnahmen. Auch eine Wiederauflage der

Strompreisbremse wird diskutiert. Aus Sicht des IHS gäbe es zielgenauere Instrumente, um bedürftige Haushalte zu unterstützen und zugleich die öffentlichen Haushalte geringer zu belasten.

Das Institut erwartet, dass die Schuldenquote im laufenden Jahr auf 82,5 % des BIP ansteigt und im darauffolgenden Jahr weiter auf 83,7 % zunimmt. Die jüngste Revision des nominellen BIP verbessert dabei die Ausgangslage für die Schuldenquote. Ungeachtet dessen führen die weiterhin hohen Budgetdefizite und die steigenden Zinsausgaben zu einem weiteren Anstieg des öffentlichen Schuldenstands.

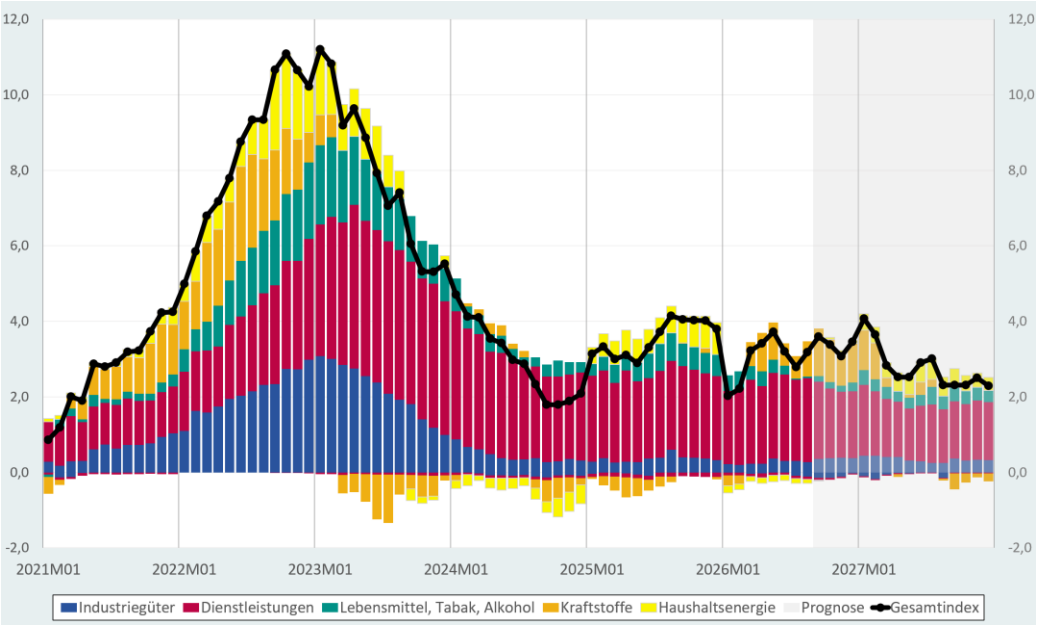
3.5 Löhne und Inflation

Die Zuwächse der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten haben sich im bisherigen Jahresverlauf verhalten entwickelt. Im zweiten Quartal 2026 legten die Nominallöhne gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,3 % zu und entwickelten sich damit annähernd wie im ersten Quartal. Damit blieben die Effektivlohnsteigerungen erneut hinter dem Anstieg der Tariflöhne von 2,0 % zurück. Im Juli und August beschleunigte sich der Zuwachs der Tariflöhne auf 2,6 %. Dieser Anstieg ist auf die zeitlich verschobene Gehaltsanpassung im öffentlichen Dienst zurückzuführen. Aufgrund der angespannten Budgetlage waren die Gehälter der öffentlich Bediensteten in der ersten Jahreshälfte nicht erhöht worden, bevor sie ab Juli um 3,3 % angehoben wurden. Die jüngste Beschleunigung des Tariflohnindex deutet somit nicht auf einen breit angelegten Anstieg des Lohndrucks hin. Das Institut erwartet für das laufende Jahr einen Anstieg der Effektivlöhne um lediglich 1,7 %, nach 3,6 % im Vorjahr. Im Jahr 2027 dürfte sich die Lohndynamik mit 2,5 % wieder etwas verstärken. Dabei wird weiterhin unterstellt, dass die erhöhte Inflation bei den kommenden Lohnabschlüssen nicht vollständig abgegolten wird. Angesichts der Inflation von 3,1 % im laufenden und 2,8 % im kommenden Jahr ergeben sich Reallohnverluste von 1,4 % im Jahr 2026 und von 0,3 % im Jahr 2027.

Der vom Iran-Krieg ausgelöste internationale Energiepreisschock hält den Preisauftrieb in Österreich weiterhin hoch. Nach einer Inflationsrate von 2,0 % zu Jahresbeginn lag die Teuerung laut Schnellschätzung von Statistik Austria im September bei 3,6 % (Abbildung 13). Wesentliche Treiber dieser Entwicklung sind weiterhin die Energiepreise, insbesondere die Treibstoff- und Heizölpreise. Während von den Nahrungsmittelpreisen derzeit kaum zusätzliche inflationstreibende Impulse ausgehen, bleibt die Inflation im Dienstleistungsbereich mit 4,4 % im August hoch. Die Auswirkungen des Energiepreisschocks sind hartnäckiger als bei der Sommer-Prognose unterstellt. Für das laufende Jahr erwartet das Institut einen Anstieg der Energiepreise um 7,8 %. Auch im kommenden Jahr dürften diese mit 7,3 % kräftig zulegen. Zwar

sollte sich der Preisauftrieb bei Mineralölprodukten mit dem Wegfall des Basiseffekts des Energiepreisanstiegs vom März 2026 deutlich abschwächen, allerdings dürften insbesondere die Strom- und Gaspreise die Inflation weiterhin antreiben. Darüber hinaus könnten sich die gestiegenen Energiekosten mit zeitlicher Verzögerung entlang der Wertschöpfungskette auf die Preise anderer Güter übertragen. Bei den Industriegütern bleibt der Preisauftrieb allerdings verhalten. Nach einem Anstieg um lediglich 0,9 % im laufenden Jahr dürften sich diese im kommenden Jahr um 1,2 % verteuern. Auch von den Nahrungsmittelpreisen gehen mit erwarteten Steigerungsraten von 1,7 % bzw. 2,3 % vergleichsweise geringe Inflationsimpulse aus.

Abbildung 13: Inflation und Beiträge der Komponenten zur Inflation in Österreich
Inflationsrate in Prozent; Inflationsbeiträge in Prozentpunkten



Prognose basiert auf Subaggregaten des VPI; Rundungsdifferenzen bei Summenbildung. Heizöl wird dem Bereich Kraftstoffe zugerechnet und nicht dem Bereich Haushaltsenergie.
Quelle: Statistik Austria, ab Oktober 2026 Prognose des IHS.

Im Dienstleistungsbereich dürfte der Preisauftrieb hingegen allmählich nachlassen. Die moderaten Kollektivvertragsabschlüsse sollten den von den Arbeitskosten ausgehenden Preisdruck verringern und damit zu einer Abschwächung der Dienstleistungsinflation von 4,2 % im laufenden auf 3,1 % im kommenden Jahr beitragen. Auch die Kerninflation dürfte von 2,9 % auf 2,5 % zurückgehen, was auf eine allmähliche Entspannung des zugrunde liegenden Preisauftriebs hindeutet. Insgesamt erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2026 eine Inflationsrate von 3,1 %. Für das kommende Jahr hebt das Institut seine Inflationsprognose gegenüber der Sommer-Prognose von 2,3 % auf 2,8 % an. Ausschlaggebend dafür sind insbesondere die länger als bisher erwarteten inflationstreibenden Auswirkungen der hohen

Energiepreise. Damit entwickelt sich die Inflation in Österreich weitgehend im Gleichklang mit jener im Euroraum, für den Inflationsraten von 3,0 % im laufenden und 2,7 % im kommenden Jahr erwartet werden.

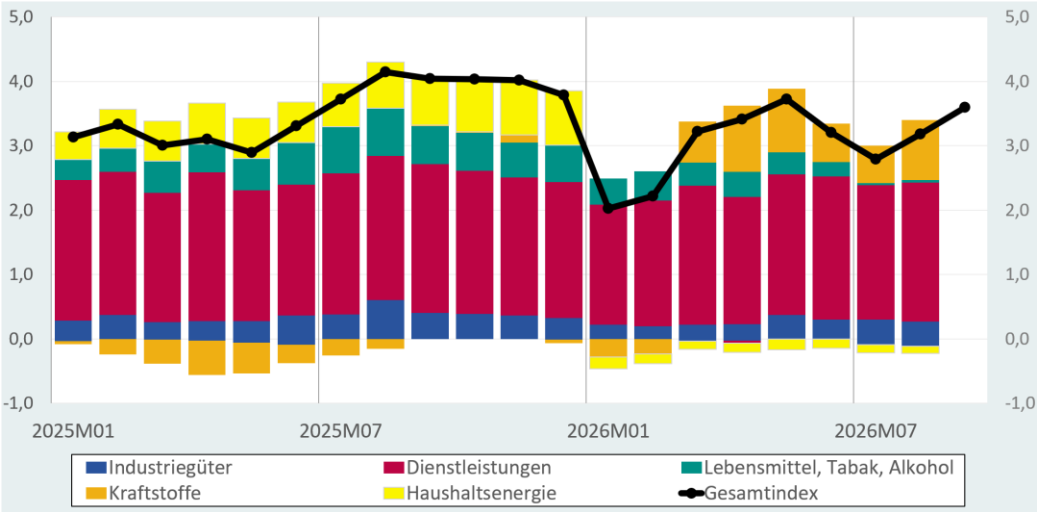
3.6 Vertiefende Analyse der Inflation im Vergleich mit jener im Euroraum

Die aktuelle Inflation in Österreich hat zwei zentrale Quellen. Die Dienstleistungen bilden eine persistente Grundlast, der jüngste Energiepreisschub kommt als zusätzlicher Aufschlag hinzu. Das derzeit günstige Inflationsdifferenzial gegenüber dem Durchschnitt des Euroraums sollte deshalb nicht als nachhaltige Entwarnung interpretiert werden. Entscheidend ist zudem, dass die Inflation sowohl in Österreich als auch im Euroraum-Durchschnitt deutlich über dem Ziel der Europäischen Zentralbank von 2 % liegt.

Zwei Treiber der aktuellen Inflation

Die Inflationsrate in Österreich lag zuletzt bei 3,6 %. Mehr als zwei Prozentpunkte davon entfallen auf Dienstleistungen, wie Abbildung 14 zeigt. Die Energiekomponente liefert mit 1,2 Prozentpunkten den zweitgrößten Beitrag. Nahrungsmittel und Industriegüter ohne Energie tragen am aktuellen Rand dagegen nur wenig zur Gesamtinflation bei. Hinter der aktuellen Teuerung stehen damit zwei Prozesse: eine seit längerem erhöhte und persistente Dienstleistungsinflation sowie ein neuer, stark von den internationalen Energiemärkten geprägter Preisschub.

Abbildung 14: Beiträge der (Sub-)Aggregate zur Gesamtinflation in Österreich



Quelle: IHS-Preismonitor

Abbildung 14 macht zugleich den unterschiedlichen Charakter dieser beiden Komponenten deutlich. Der Dienstleistungsbeitrag liegt über den gesamten dargestellten Zeitraum auf einem hohen Niveau und verändert sich nur langsam. Energie ist hingegen deutlich volatiler. Zu Jahresbeginn 2026 dämpfte die Komponente die Gesamtinflation noch, seit dem Frühjahr liefert sie aufgrund der preistreibenden Impulse des Iran-Kriegs wieder einen kräftigen positiven Beitrag. Für die Einordnung der österreichischen Inflation ist diese Unterscheidung zwischen Grundlast und zusätzlichem Energieschub zentral.

Dienstleistungen: die persistente Grundlast

Der hohe Inflationsbeitrag der Dienstleistungen ist kein kurzfristiges Phänomen. Dienstleistungen sind im Allgemeinen arbeitsintensiver als handelbare Güter, weshalb die Lohnentwicklung für ihre Preisbildung eine besonders große Rolle spielt.[2] In Österreich orientieren sich die Kollektivvertragsabschlüsse traditionell stark an der vergangenen Inflation. Über die Benya-Formel – rollierende Inflation der zurückliegenden zwölf Monate zuzüglich Produktivitätsentwicklung – werden vergangene Preissteigerungen damit zeitlich verzögert in die Lohnkosten übertragen. Das trägt dazu bei, dass ein einmal entstandener Inflationsschub im Dienstleistungsbereich nur langsam abklingt.

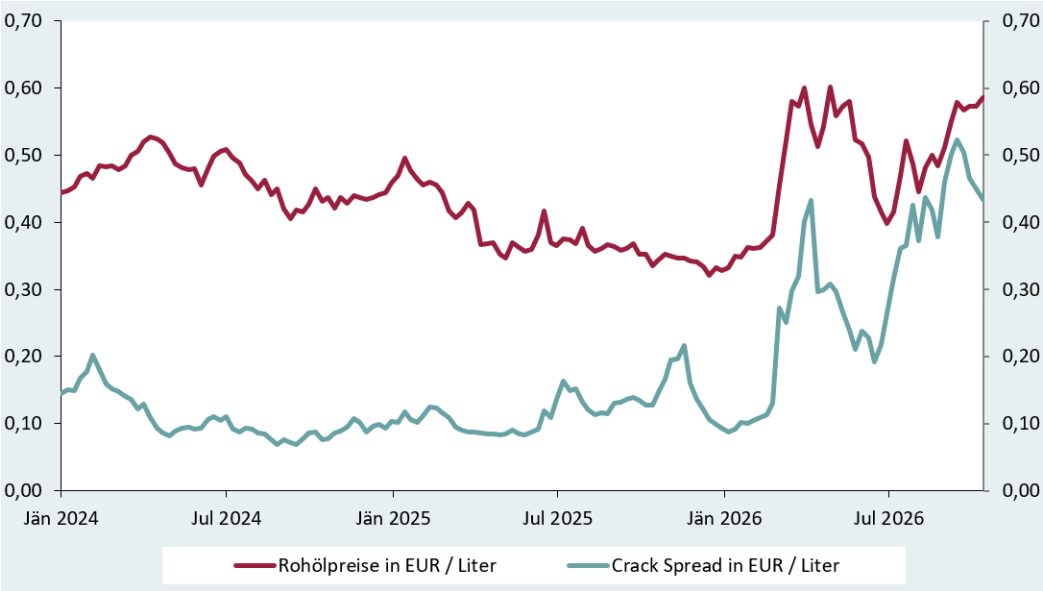
Hinzu kommen automatische oder vertragliche Indexierungen einzelner Preise, etwa bei Mieten und bestimmten Dienstleistungen. Diese erklären die österreichische Inflationspersistenz nicht allein, können die Weitergabe vergangener Preissteigerungen aber verlängern. Die Dienstleistungsinflation bildet damit jene Grundlast, die auch dann die Inflation treibt, wenn kurzfristigere Impulse aus Energie oder Gütern bereits nachlassen.

Energie: Der Rohölpreis erklärt den Preisanstieg an der Tankstelle nur teilweise

Der zweite aktuelle Inflationstreiber ist die Energie. Innerhalb dieser Komponente kommt den Mineralölprodukten derzeit eine besondere Bedeutung zu. Der kräftige Anstieg der Dieselpreise lässt sich allerdings nicht allein durch die Entwicklung des Rohölpreises erklären. Die Bottom-up-Zerlegung des Tankstellenpreises zeigt, dass sich neben dem Brent-Preis vor allem der sogenannte Crack Spread deutlich ausgeweitet hat (Abbildung 15).

[2] Vergleiche dazu Bonin et. al. (2023), Prognose der österreichischen Wirtschaft 2023-2027. Rückkehr zum verhaltenen Trendwachstum. Wirtschaftsprognose 128, Juli 2023.

Abbildung 15: Entwicklung der Beiträge des Rohölpreises und des Crack Spreads zu einem Liter Diesel an österreichischen Tankstellen, in EUR



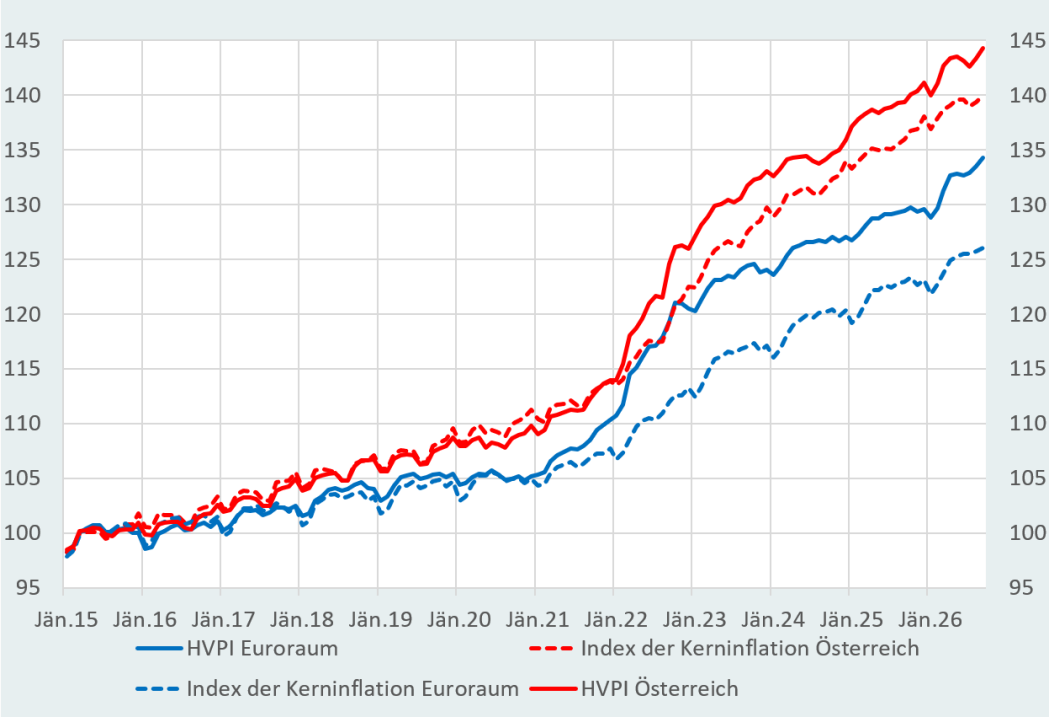
Quelle: LSEG, IHS-Berechnungen.

Der Crack Spread bezeichnet die Differenz zwischen dem europäischen Großhandelspreis eines raffinierten Mineralölprodukts (hier: Diesel) und dem Preis des eingesetzten Rohöls. Er ist eine Näherungsgröße für die Raffineriemarge, aber nicht mit der Gewinnmarge gleichzusetzen, da darin auch weitere Kostenelemente enthalten sind. In der hier verwendeten Rechnung – umgerechnet als Preisbestandteil für einen Liter Diesel - lag der Beitrag über längere Zeit bei rund 10 Cent je Liter; Ende September betrug er rund 40 Cent je Liter. Der jüngste Anstieg der Tankstellenpreise geht also nicht nur auf die internationale Rohölpreisentwicklung zurück, sondern auch auf die (internationalen bzw. europäischen) Mineralölproduktpreise, die ebenfalls Knappheiten anzeigen.

Inflationsdifferenzial: Das derzeit günstige Bild kann täuschen

Abbildung 16 zeigt, dass die Verbraucherpreise in Österreich in mittelfristiger Sicht stärker gestiegen sind als im Durchschnitt des Euroraums. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung bei der Kerninflation.

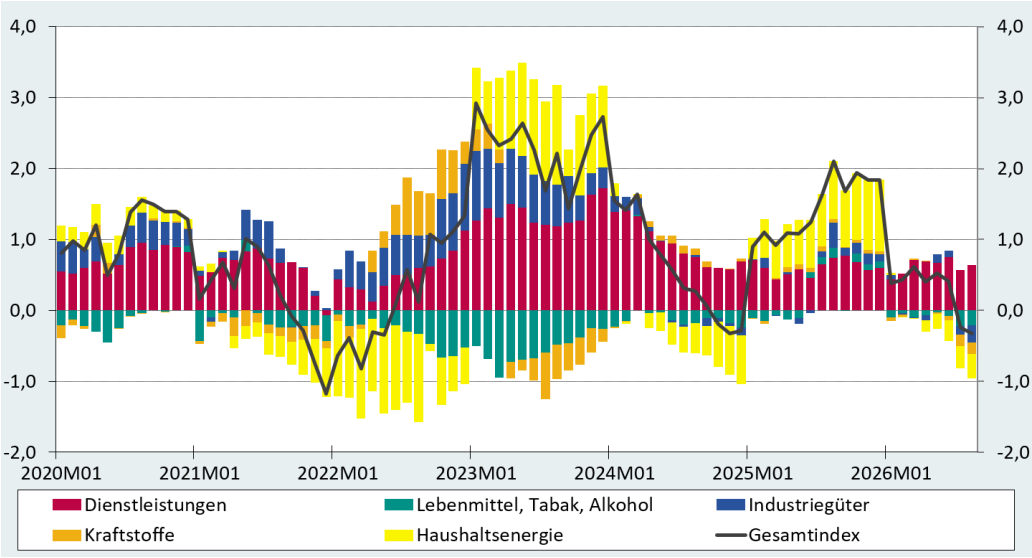
Abbildung 16: Entwicklung des Verbraucherpreisindex in Österreich und im Euroraum



Quelle: IHS-Preismonitor.

Der Blick auf das Inflationsdifferenzial zum Euroraum-Durchschnitt ordnet die beiden zuvor beschriebenen Komponenten (Dienstleistungen, Energie) ein (Abbildung 17). Im gesamten hier betrachteten Zeitraum zeigt sich ein bemerkenswert stabiles Muster. In Phasen, in denen die österreichische Inflation über jener des Euroraum-Durchschnitts lag, wurde dieses positive Differenzial überwiegend vom Dienstleistungsbereich getragen. Die zuvor beschriebene Grundlast ist somit nicht nur innerhalb der österreichischen Inflation sichtbar, sondern prägt auch den langfristigen Inflationsabstand zum Euroraum.

Abbildung 17: Struktur des Inflationsdifferenzials zwischen Österreich und Euroraum-Durchschnitt



Quelle: IHS-Preismonitor.

Am aktuellen Rand ist die Situation dennoch ungewöhnlich. Trotz des weiterhin positiven Beitrags der Dienstleistungen ist das aggregierte österreichische Inflationsdifferenzial gegenwärtig negativ. Entscheidend dafür ist derzeit die Energiekomponente, deren negativer Beitrag insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass sich internationale Energiepreisschocks in Österreich erst später in höhere Strom- und Gaspreise niederschlagen. Längere Vertragsbindungen und unterschiedliche Preisbildungsmechanismen verzögern die Anpassung der Preise für Haushalte. Während der Energieschock andernorts bereits stärker in der gemessenen Inflation angekommen ist, ist ein Teil davon in Österreich bislang noch aufgeschoben.

Das aktuell günstige Differenzial zum Euroraum-Durchschnitt sollte daher nicht als strukturelle Verbesserung interpretiert werden. Die für Österreich typische Dienstleistungsgrundlast besteht unverändert fort. Gleichzeitig dürfte ein Teil der höheren Großhandelspreise für Strom und Gas erst mit Verzögerung in den Verbraucherpreisen sichtbar werden. Wenn dieser Nachholeffekt einsetzt und der unmittelbarere Mineralölpreisschub im Euroraum wieder abklingt, kann sich das derzeit negative Inflationsdifferenzial erneut drehen. Somit besteht das Risiko, dass Österreich im kommenden Jahr wieder eine höhere Inflationsrate als der Euroraum aufweisen wird. Entscheidend wird auch sein, wie rasch die Dienstleistungsinflation zurückgeht und in welchem Umfang vergangene Preisschocks über Löhne, indexierte Preise und zeitverzögert angepasste Energieverträge nachwirken.

3.7 Arbeitsmarkt

In den letzten Monaten hat sich die Arbeitsmarktlage kaum verändert; die Arbeitslosenzahl lag weiterhin leicht über den Vorjahreswerten und die Beschäftigtenzahl legte verhalten zu. Die (saisonbereinigte) Arbeitslosenquote stieg im zweiten Quartal marginal auf 7,6 % an. Laut Prognose wird sich die Zahl der Aktiv-Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2026 bzw. 2027 etwas erhöhen (0,4 % bzw. 0,7 %). Da auch das Arbeitskräfteangebot moderat zunimmt, steigt die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 2026 voraussichtlich noch etwas an (2,6 %). Im kommenden Jahr sollte sie aufgrund der stärkeren Beschäftigungszunahme aber sinken (−2,5 %). Ausgehend von 7,6 % im laufenden Jahr dürfte damit die Arbeitslosenquote im Jahr 2027 auf 7,4 % fallen. Insgesamt hat sich die Einschätzung der Arbeitslage seit dem Sommer kaum verändert.

Im August stieg die **Aktiv-Beschäftigung** im Jahresabstand um 23.500 Personen (0,6 %). Gestützt von der Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters legte die Zahl der weiblichen Aktiv-Beschäftigten um 17.800 zu, die der männlichen um 5.800. In sektoraler Betrachtung gingen in der Sachgüterproduktion und am Bau Arbeitsplätze verloren (−0,7 % bzw. −0,6 %), hingegen expandierte die Beschäftigung im Dienstleistungssektor sowohl im öffentlichen als auch im marktorientierten Bereich um 1,0 %. Das Institut geht davon aus, dass sich die positive Beschäftigungsdynamik in den kommenden Monaten fortsetzt und erwartet, dass die Zahl der Aktiv-Beschäftigten in den Jahren 2026 und 2027 um 0,4 % bzw. 0,7 % zulegen wird.

In den letzten Monaten schwankte der Anstieg der vorgemerkten **Arbeitslosen** um die 3-Prozent-Marke. Im August überstieg deren Zahl den Vorjahreswert um 10.000 Personen bzw. 3,3 %. In Einklang mit dem stärkeren Anstieg des Arbeitskräftepotenzials entfiel der Großteil des Anstiegs mit knapp 9.000 Personen auf Frauen. In sektoraler Betrachtung erhöhte sich die Arbeitslosenzahl vor allem im Dienstleistungsbereich.

In den nächsten Monaten dürfte sich die Dynamik bei den Arbeitslosen wenig ändern. Diese Einschätzung wird auch von bereits vorliegenden September-Daten gestützt (2,5 % Anstieg). Folglich dürfte die Arbeitslosenzahl auch in der zweiten Jahreshälfte noch über dem Niveau des Vorjahres liegen. Ausgehend von 317.500 vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2025 wird die Arbeitslosenzahl laut Prognose im laufenden Jahr auf 325.800 ansteigen. Mit der Konjunkturstabilisierung dürfte die Arbeitslosenzahl im Jahresschnitt 2027 voraussichtlich auf 318.000 Personen sinken. Dies impliziert für die (nationale) **Arbeitslosenquote** Werte von 7,6 % bzw. 7,4 % für die Jahre 2026 und 2027. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird voraussichtlich 6,1% bzw. 5,9 % betragen.

Einen wesentlichen Faktor für das Produktionspotenzial der österreichischen Volkswirtschaft bildet die demografische Entwicklung. Die erwerbsfähige Bevölkerung (15-64 Jahre) schrumpft seit dem Vorjahr und dürfte im Jahr 2027 um rund 32.000 Personen unter dem Niveau von 2025 liegen. Dem wirkt die Erhöhung des gesetzlichen Frauenpensionsalters entgegen. Die Arbeitslosigkeit bei den 60-64-jährigen Frauen lag im September zwar um 2.300 Personen über dem Vorjahresniveau, aber die Beschäftigung bei dieser Personengruppe hat um 19.500 zugelegt. Die Notwendigkeit, das effektive Pensionsalter zu erhöhen, erfordert allerdings Anstrengungen die Arbeitsplätze altersgerecht auszustatten sowie zur Erhaltung bzw. Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte. Zusätzlich sind auch die geänderten Qualifikationsanforderungen aufgrund von Digitalisierung, künstlicher Intelligenz und ökologische Transformation zu berücksichtigen.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis August 2026

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	7.474	0,2 %
Männer	−54	−0,0 %
Frauen	7.527	0,4 %
Aktiv-Beschäftigte[i]	16.135	0,4 %
Primärer Sektor	371	0,5 %
Sachgüterproduktion	−6.640	−1,1 %
Bau	−2.568	−0,9 %
Dienstleistungssektor	24.966	0,9 %
Arbeitslose	8.796	2,8 %
Männer	543	0,3 %
Frauen	8.253	6,0 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	−2.922	−3,8 %

[i] ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

3.8 Monetäre Entwicklungen

Die Europäische Zentralbank hat ihre Leitzinsen im September erneut angehoben. Auch die US-Notenbank Fed und die Bank of Japan erhöhten ihre Leitzinsen, während die Bank of England und die Schweizerische Nationalbank ihre Zinssätze unverändert ließen. Der Einlagesatz im Euroraum liegt damit derzeit bei 2,5 %, das Zielband für den Tagesgeldsatz in den USA bei 3,75 % bis 4 % und der Leitzins in Japan bei 1,25 % (Tabelle 5). Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, betrug im September laut Schnellschätzung 3,8 % und erhöhte sich damit gegenüber dem Vormonat deutlich. Die Inflationsrate liegt insbesondere infolge der Energiepreisschocks im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen Osten seit März wieder deutlich über der EZB-Zielmarke von 2 %. Das IHS erwartet für den Euroraum weitere Leitzinserhöhungen sowie durchschnittliche jährliche Inflationsraten von 3,0 % bzw. 2,7 %.

Tabelle 5: Leitzinssätze

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2023	4,00	5,25 – 5,50	5,25	1,75	–0,10
Ende 2024	3,00	4,25 – 4,50	4,75	0,50	0,25
Ende 2025	2,00	3,50 – 3,75	3,75	0,00	0,75
6.10.2026	2,50	3,75 – 4,00	3,75	0,00	1,25

Quelle: Nationale Zentralbanken, LSEG Datastream

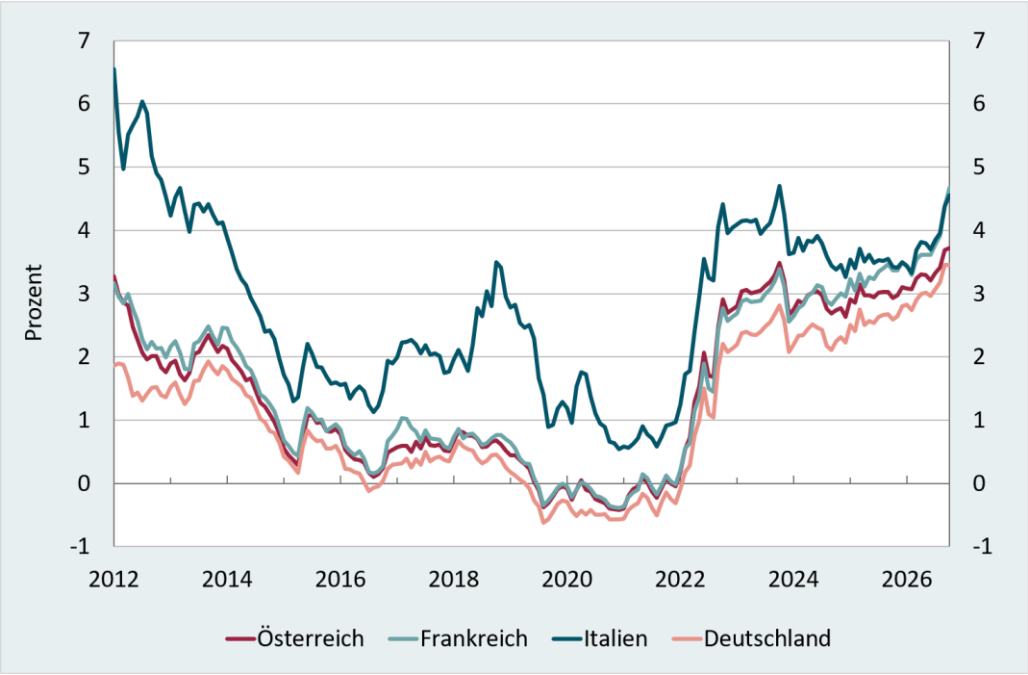
Die EZB setzt den Abbau ihrer Wertpapierbestände aus den Ankaufprogrammen APP und PEPP unverändert fort, indem sie auslaufende Papiere nicht ersetzt. Die Bestände aus den beiden Programmen belaufen sich derzeit auf rund 3,4 Billionen Euro. Bei gleichbleibender Abbaugeschwindigkeit dürften sie in rund sieben Jahren (APP) bzw. neun Jahren (PEPP) vollständig abgebaut sein.

Die Geldmarktzinsen sind im Einklang mit der Zinspolitik der EZB zuletzt gestiegen. Der 3-Monats-Euribor lag im Durchschnitt des dritten Quartals bei 2,5 %. Damit erhöhte er sich sowohl gegenüber dem Vorquartal als auch gegenüber dem Vorjahresquartal, und zwar um rund 30 bzw. 50 Basispunkte. Für den Prognosezeitraum erwartet das IHS durchschnittliche Jahreswerte von 2,4 % und 3,1 %.

Die Renditen langfristiger Staatsanleihen im Euroraum sind zuletzt unter Aufwärtsdruck geraten (Abbildung 18). Dazu haben insbesondere die gestiegene Inflation und die damit verbundenen Erwartungen hinsichtlich des künftigen Zinsniveaus beigetragen. Im Durchschnitt des dritten Quartals rentierten österreichische und deutsche

Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren bei 3,5 % bzw. 3,2 %. Damit lagen die Renditen insbesondere gegenüber dem Vorjahresquartal deutlich höher und stiegen um 45 bzw. 60 Basispunkte. Für die Jahre 2026 und 2027 erwartet das Institut für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren durchschnittliche Renditen von 3,4 % bzw. 3,8 %.

Abbildung 18: Renditen zehnjähriger Staatsanleihen



Quelle: LSEG Datastream

Im Durchschnitt des dritten Quartals 2026 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,15 USD/EUR. Damit wertete der Euro sowohl gegenüber dem Vorquartal als auch gegenüber dem Vorjahresquartal leicht ab (um 1 % bzw. 1,5 %). Für die Jahre 2026 und 2027 erwartet das Institut einen durchschnittlichen Wechselkurs von jeweils 1,16 USD/EUR.

Das IHS prognostiziert für die Jahre 2026 und 2027 eine moderate Ausweitung sowohl der Einlagen als auch des Kreditvolumens der in Österreich ansässigen monetären Finanzinstitute. Die Einlagen inländischer Nichtbanken dürften um 2,6 % bzw. 1,5 % zunehmen. Für das Kreditvolumen an inländische Nichtbanken erwartet das Institut eine Ausweitung um 2,2 % bzw. 1,5 %.

4 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	349,025	366,208	386,178	383,552	382,450	385,001	388,106	391,794
	-6,3%	4,9%	5,5%	-0,7%	-0,3%	0,7%	0,8%	1,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	380,318	406,232	449,385	479,908	499,950	518,196	532,931	550,278
	-3,9%	6,8%	10,6%	6,8%	4,2%	3,6%	2,8%	3,3%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	108,966	110,929	116,367	125,122	130,723	134,596	137,316	140,451
	2,6%	1,8%	4,9%	7,5%	4,5%	3,0%	2,0%	2,3%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2025=100)	78,0	80,2	87,1	93,8	96,6	100,0	103,100	105,987
	1,4%	2,8%	8,6%	7,8%	2,9%	3,6%	3,1%	2,8%
ARBEITNEHMERENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	52,713	53,936	56,554	60,425	64,807	67,168	68,310	70,018
	1,8%	2,3%	4,9%	6,8%	7,3%	3,6%	1,7%	2,5%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3643,933	3734,366	3844,570	3889,419	3897,774	3904,719	3920,338	3947,781
	-2,0%	2,5%	3,0%	1,2%	0,2%	0,2%	0,4%	0,7%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF.	9,926	8,019	6,300	6,406	6,994	7,415	7,581	7,367
ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,574	-1,907	-1,720	0,106	0,588	0,421	0,166	-0,214

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
PRIVATER KONSUM	173,878	182,427	193,571	193,369	195,864	196,748	197,731	199,116
	-7,6%	4,9%	6,1%	-0,1%	1,3%	0,5%	0,5%	0,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,267	76,777	76,653	76,771	79,661	81,255	82,068	82,683
	-0,8%	7,7%	-0,2%	0,2%	3,8%	2,0%	1,0%	0,8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	87,900	93,152	93,078	91,534	89,333	90,585	91,323	91,936
	-5,3%	6,0%	-0,1%	-1,7%	-2,4%	1,4%	0,8%	0,7%
LAGERVERÄNDERUNGEN	1,461	6,039	11,491	2,160	-2,961	-0,462	-0,262	0,238
IN PROZENT DES BIP	0,4	1,6	3,0	0,6	-0,8	-0,1	-0,1	0,1
INLANDSNACHFRAGE	336,297	360,099	376,291	365,018	362,688	367,955	370,855	374,065
	-5,7%	7,1%	4,5%	-3,0%	-0,6%	1,5%	0,8%	0,9%
AUSSENBEITRAG	12,587	5,416	9,347	17,642	18,703	15,858	16,151	16,629
IN PROZENT DES BIP	3,6	1,5	2,4	4,6	4,9	4,1	4,2	4,2
BIP ZU MARKTPREISEN	349,025	366,208	386,178	383,552	382,450	385,001	388,106	391,794
	-6,3%	4,9%	5,5%	-0,7%	-0,3%	0,7%	0,8%	1,0%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
PRIVATER KONSUM	-3,867	2,438	3,033	-0,053	0,667	0,235	0,259	0,365
ÖFFENTLICHER KONSUM	-0,161	1,648	-0,035	0,032	0,771	0,429	0,216	0,163
BRUTTOINVESTITIONEN	-1,386	2,822	1,499	-3,040	-2,047	1,029	0,294	0,324
ANLAGEINVESTITIONEN	-1,336	1,502	-0,021	-0,418	-0,594	0,333	0,192	0,160
LAGERVERÄNDERUNGEN	-0,051	1,312	1,489	-2,416	-1,335	0,653	0,052	0,129
EXPORTE I.W.S.	-5,863	4,912	5,266	-0,268	-1,103	0,705	1,087	1,269
WAREN	-2,920	4,535	2,290	-0,284	-1,566	0,210	0,917	1,031
DIENSTLEISTUNGEN	-2,943	0,377	2,976	0,016	0,463	0,495	0,170	0,239
IMPORTE I.W.S.	5,008	-6,828	-4,270	2,612	1,444	-1,450	-1,045	-1,200
WAREN	2,472	-5,246	-1,692	3,063	1,945	-1,059	-0,718	-0,831
DIENSTLEISTUNGEN	2,536	-1,582	-2,578	-0,451	-0,501	-0,391	-0,328	-0,369
BRUTTOINLANDSPRODUKT	-6,318	4,923	5,453	-0,680	-0,287	0,667	0,807	0,950

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
HAUSHALTSSPARQUOTE	13,6	11,3	9,0	8,9	11,5	9,7	8,8	8,5
ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,3	-2,2	-2,3	-0,1	2,6	-1,8	-0,9	-0,3
INVESTITIONSQUOTE	25,1	25,9	25,2	24,7	23,7	23,6	23,8	23,8
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,1	0,7	-0,7	-0,5	-0,9	-0,1	0,2	0,0
REALZINSSATZ	-2,82	-1,81	-3,18	-4,44	-1,64	0,03	1,36	1,56
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,40	1,01	-1,37	-1,26	2,81	1,66	1,33	0,20
HVPI - HARMONISIERTER	78,030	80,181	87,094	93,806	96,547	100,000	103,10	105,99
VERBRAUCHERPREISINDEX	1,4%	2,8%	8,6%	7,7%	2,9%	3,6%	3,1%	2,8%
REALLÖHNE, BRUTTO	48,604	48,804	47,612	47,094	48,907	49,374	48,704	48,562
JE AKTIV BESCH.	0,7%	0,4%	-2,4%	-1,1%	3,8%	1,0%	-1,4%	-0,3%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT	9,578	9,806	10,045	9,861	9,812	9,860	9,900	9,924
JE AKTIV BESCH.	-4,4%	2,4%	2,4%	-1,8%	-0,5%	0,5%	0,4%	0,2%
LOHNSTÜCKKOSTEN	143,467	143,378	146,770	159,732	172,178	177,585	179,876	183,916
GESAMTWIRTSCHAFT	6,4%	-0,1%	2,4%	8,8%	7,8%	3,1%	1,3%	2,2%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	6,1	6,2	4,8	5,1	5,2	5,7	6,1	5,9
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,3	0,1	-1,4	0,3	0,1	0,5	0,4	-0,2
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% des BIP)	-8,2	-5,7	-3,4	-2,6	-4,6	-4,1	-3,9	-3,7
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-8,7	2,5	2,3	0,9	-2,0	0,5	0,2	0,2

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	181,205	193,307	221,121	238,087	249,138	256,854	266,141	275,508
	-7,0%	6,7%	14,4%	7,7%	4,6%	3,1%	3,6%	3,5%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,395	8,396	8,918	10,035	10,979	11,340	11,681	11,998
	3,1%	13,5%	6,2%	12,5%	9,4%	3,3%	3,0%	2,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	81,044	88,623	92,284	98,333	107,090	112,116	115,785	118,694
	3,9%	9,4%	4,1%	6,6%	8,9%	4,7%	3,3%	2,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	97,563	112,351	131,382	125,687	118,437	125,994	130,031	134,042
	-3,3%	15,2%	16,9%	-4,3%	-5,8%	6,4%	3,2%	3,1%
AUSRÜSTUNGS-INVESTITIONEN	50,370	54,908	58,597	63,735	66,331	70,811	74,323	76,947
	-6,0%	9,0%	6,7%	8,8%	4,1%	6,8%	5,0%	3,5%
BAUINVESTITIONEN	45,220	50,162	54,703	54,703	52,333	51,554	52,559	54,126
	-1,0%	10,9%	9,1%	0,0%	-4,3%	-1,5%	1,9%	3,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ	0,264	0,000	-0,170	0,004	0,555	-0,473	-0,448	-0,457
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,305	-0,264	-0,170	0,174	0,551	-1,028	0,025	-0,009
INLANDSNACHFRAGE	367,471	402,677	453,535	472,146	486,198	505,830	523,189	539,785
	-3,7%	9,6%	12,6%	4,1%	3,0%	4,0%	3,4%	3,2%
EXPORTE I.W.S.	196,484	227,303	276,046	279,719	276,199	284,344	298,720	310,569
	-11,2%	15,7%	21,4%	1,3%	-1,3%	2,9%	5,1%	4,0%
IMPORTE I.W.S.	183,637	223,748	280,196	271,957	262,447	271,978	288,978	300,076
	-11,3%	21,8%	25,2%	-2,9%	-3,5%	3,6%	6,3%	3,8%
BIP ZU MARKTPREISEN	380,318	406,232	449,385	479,908	499,950	518,196	532,931	550,278
	-3,9%	6,8%	10,6%	6,8%	4,2%	3,6%	2,8%	3,3%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	167,079	174,915	186,160	185,562	188,013	188,810	189,754	191,082
	-7,9%	4,7%	6,4%	-0,3%	1,3%	0,4%	0,5%	0,7%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,801	7,513	7,418	7,810	7,854	7,938	7,977	8,033
	2,1%	10,5%	-1,3%	5,3%	0,6%	1,1%	0,5%	0,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	71,267	76,777	76,653	76,771	79,661	81,255	82,068	82,683
	-0,8%	7,7%	-0,2%	0,2%	3,8%	2,0%	1,0%	0,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	89,361	99,191	104,569	93,694	86,372	90,122	91,211	92,420
	-5,4%	11,0%	5,4%	-10,4%	-7,8%	4,3%	1,2%	1,3%
AUSRÜSTUNGS-INVESTITIONEN	47,978	51,548	52,362	53,924	54,586	57,218	58,648	59,528
	-6,9%	7,4%	1,6%	3,0%	1,2%	4,8%	2,5%	1,5%
BAUINVESTITIONEN	39,881	41,612	40,824	38,117	35,587	34,543	34,025	33,855
	-3,5%	4,3%	-1,9%	-6,6%	-6,6%	-2,9%	-1,5%	-0,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ	1,931	2,396	2,032	2,074	1,848	1,018	0,946	0,946
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,047	0,465	-0,364	0,042	-0,226	-0,831	-0,072	0,000
INLANDSNACHFRAGE	336,297	360,099	376,291	365,018	362,688	367,955	370,855	374,065
	-5,7%	7,1%	4,5%	-3,0%	-0,6%	1,5%	0,8%	0,9%
EXPORTE I.W.S.	193,238	211,611	231,527	230,515	226,151	229,037	233,576	238,866
	-10,5%	9,5%	9,4%	-0,4%	-1,9%	1,3%	2,0%	2,3%
IMPORTE I.W.S.	180,651	206,195	222,180	212,873	207,448	213,179	217,425	222,237
	-9,6%	14,1%	7,8%	-4,2%	-2,5%	2,8%	2,0%	2,2%
BIP ZU MARKTPREISEN	349,025	366,208	386,178	383,552	382,450	385,001	388,106	391,794
	-6,3%	4,9%	5,5%	-0,7%	-0,3%	0,7%	0,8%	1,0%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	108,455	110,515	118,780	128,306	132,511	136,039	140,256	144,183
	1,0%	1,9%	7,5%	8,0%	3,3%	2,7%	3,1%	2,8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	113,720	115,430	120,392	128,086	134,432	137,979	141,084	143,553
	4,7%	1,5%	4,3%	6,4%	5,0%	2,6%	2,3%	1,8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	108,748	112,794	121,726	129,391	132,834	135,084	138,937	142,569
	1,7%	3,7%	7,9%	6,3%	2,7%	1,7%	2,9%	2,6%
AUSRÜSTUNGS-INVESTITIONEN	104,985	106,518	111,907	118,193	121,518	123,757	126,727	129,262
	1,0%	1,5%	5,1%	5,6%	2,8%	1,8%	2,4%	2,0%
BAUINVESTITIONEN	113,388	120,547	133,999	143,513	147,056	149,246	154,470	159,876
	2,6%	6,3%	11,2%	7,1%	2,5%	1,5%	3,5%	3,5%
INLANDSNACHFRAGE	109,270	111,824	120,528	129,349	134,054	137,471	141,076	144,303
	2,1%	2,3%	7,8%	7,3%	3,6%	2,5%	2,6%	2,3%
EXPORTE I.W.S.	101,680	107,415	119,228	121,345	122,130	124,147	127,889	130,018
	-0,8%	5,6%	11,0%	1,8%	0,6%	1,7%	3,0%	1,7%
IMPORTE I.W.S.	101,653	108,513	126,112	127,756	126,512	127,582	132,909	135,025
	-1,9%	6,7%	16,2%	1,3%	-1,0%	0,8%	4,2%	1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN	108,966	110,929	116,367	125,122	130,723	134,596	137,316	140,451
	2,6%	1,8%	4,9%	7,5%	4,5%	3,0%	2,0%	2,3%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	139,300	167,055	197,631	196,723	187,738	190,106	199,730	208,301
	-8,7%	19,9%	18,3%	-0,5%	-4,6%	1,3%	5,1%	4,3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	46,800	52,511	61,623	62,900	67,206	71,624	75,116	77,576
	-7,3%	12,2%	17,4%	2,1%	6,8%	6,6%	4,9%	3,3%
REISEVERKEHR	10,384	7,737	16,791	20,097	21,255	22,614	23,874	24,692
	-42,9%	-25,5%	117,0%	19,7%	5,8%	6,4%	5,6%	3,4%
EXPORTE I.W.S.	196,484	227,303	276,046	279,719	276,199	284,344	298,720	310,569
	-11,2%	15,7%	21,4%	1,3%	-1,3%	2,9%	5,1%	4,0%
WARENIMPORTE	134,774	167,225	208,160	194,693	180,482	185,905	196,734	204,178
	-9,0%	24,1%	24,5%	-6,5%	-7,3%	3,0%	5,8%	3,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	45,361	50,888	61,776	65,294	68,838	72,516	78,040	81,192
	-8,0%	12,2%	21,4%	5,7%	5,4%	5,3%	7,6%	4,0%
REISEVERKEHR	3,502	5,636	10,260	11,970	13,127	13,557	14,204	14,706
	-63,7%	60,9%	82,1%	16,7%	9,7%	3,3%	4,8%	3,5%
IMPORTE I.W.S.	183,637	223,748	280,196	271,957	262,447	271,978	288,978	300,076
	-11,3%	21,8%	25,2%	-2,9%	-3,5%	3,6%	6,3%	3,8%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	139,548	156,826	165,558	164,488	158,203	159,086	163,064	167,548
	-7,6%	12,4%	5,6%	-0,6%	-3,8%	0,6%	2,5%	2,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	44,084	48,138	52,465	51,380	53,145	54,819	55,148	55,837
	-7,5%	9,2%	9,0%	-2,1%	3,4%	3,1%	0,6%	1,3%
REISEVERKEHR	9,782	7,080	13,824	14,930	14,976	15,229	15,534	15,751
	-43,1%	-27,6%	95,3%	8,0%	0,3%	1,7%	2,0%	1,4%
EXPORTE I.W.S.	193,238	211,611	231,527	230,515	226,151	229,037	233,576	238,866
	-10,5%	9,5%	9,4%	-0,4%	-1,9%	1,3%	2,0%	2,3%
WARENIMPORTE	133,705	153,499	159,809	149,243	142,087	146,256	149,181	152,537
	-6,6%	14,8%	4,1%	-6,6%	-4,8%	2,9%	2,0%	2,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	43,601	47,432	53,641	54,367	55,734	57,338	58,628	59,947
	-7,9%	8,8%	13,1%	1,4%	2,5%	2,9%	2,3%	2,3%
REISEVERKEHR	3,366	5,317	8,911	9,945	10,579	10,558	10,611	10,770
	-63,7%	58,0%	67,6%	11,6%	6,4%	-0,2%	0,5%	1,5%
IMPORTE I.W.S.	180,651	206,195	222,180	212,873	207,448	213,179	217,425	222,237
	-9,6%	14,1%	7,8%	-4,2%	-2,5%	2,8%	2,0%	2,2%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
WARENEXPORTE	99,823	106,523	119,373	119,597	118,669	119,498	122,486	124,323
	-1,2%	6,7%	12,1%	0,2%	-0,8%	0,7%	2,5%	1,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	106,160	109,084	117,456	122,420	126,457	130,656	136,209	138,933
	0,3%	2,8%	7,7%	4,2%	3,3%	3,3%	4,3%	2,0%
REISEVERKEHR	106,160	109,284	121,469	134,602	141,927	148,489	153,687	156,760
	0,3%	2,9%	11,2%	10,8%	5,4%	4,6%	3,5%	2,0%
EXPORTE I.W.S.	101,680	107,415	119,228	121,345	122,130	124,147	127,889	130,018
	-0,8%	5,6%	11,0%	1,8%	0,6%	1,7%	3,0%	1,7%
WARENIMPORTE	100,799	108,942	130,256	130,454	127,022	127,110	131,876	133,855
	-2,5%	8,1%	19,6%	0,2%	-2,6%	0,1%	3,8%	1,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,036	107,287	115,165	120,098	123,512	126,471	133,110	135,440
	-0,1%	3,1%	7,3%	4,3%	2,8%	2,4%	5,3%	1,8%
REISEVERKEHR	104,036	105,986	115,135	120,362	124,078	128,411	133,869	136,546
	-0,1%	1,9%	8,6%	4,5%	3,1%	3,5%	4,3%	2,0%
IMPORTE I.W.S.	101,653	108,513	126,112	127,756	126,512	127,582	132,909	135,025
	-1,9%	6,7%	16,2%	1,3%	-1,0%	0,8%	4,2%	1,6%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,026	98,988	94,542	94,982	96,537	97,308	96,223	96,292
	1,2%	-1,0%	-4,5%	0,5%	1,6%	0,8%	-1,1%	0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	99,031	97,779	91,645	91,677	93,424	94,012	92,879	92,879
	1,4%	-1,3%	-6,3%	0,0%	1,9%	0,6%	-1,2%	0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
IMPORTQUOTE, GESAMT	48,285	55,079	62,351	56,669	52,495	52,486	54,224	54,532
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-4,026	6,794	7,272	-5,682	-4,174	-0,009	1,739	0,307
IMPORTQUOTE, GÜTER	35,437	41,165	46,321	40,569	36,100	35,875	36,916	37,105
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,974	5,728	5,156	-5,752	-4,469	-0,225	1,040	0,189
EXPORTQUOTE, GESAMT	51,663	55,954	61,428	58,286	55,245	54,872	56,052	56,439
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-4,233	4,291	5,474	-3,142	-3,041	-0,373	1,180	0,386
EXPORTQUOTE, GÜTER	36,627	41,123	43,978	40,992	37,551	36,686	37,478	37,854
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1,914	4,496	2,855	-2,986	-3,440	-0,865	0,792	0,376

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5 925,675 0,2%	5 931,041 0,1%	5 979,617 0,8%	6 016,521 0,6%	6 022,115 0,1%	6 012,394 -0,2%	5999,795 -0,2%	5980,860 -0,3%
ERWERBSQUOTE	78,006 0,4%	78,212 0,3%	78,347 0,2%	78,754 0,5%	79,280 0,7%	79,859 0,7%	80,282 0,5%	80,844 0,7%
ERWERBSPERSONEN	4622,403 0,6%	4638,782 0,4%	4684,854 1,0%	4738,230 1,1%	4774,313 0,8%	4801,435 0,6%	4816,767 0,3%	4835,177 0,4%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3704,422 0,1%	3685,344 -0,5%	3665,132 -0,5%	3653,837 -0,3%	3648,622 -0,1%	3626,804 -0,6%	3615,121 -0,3%	3600,485 -0,4%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS-KRÄFTEANGEBOT	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1019,722 7,0%	1084,393 6,3%	1125,691 3,8%	1174,630 4,3%	1201,647 2,3%	1234,692 2,8%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	495,600 -0,1%	502,100 1,3%	508,100 1,2%	511,200 0,6%	515,800 0,9%	518,900 0,6%	519,419 0,1%	522,016 0,5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4176,754 1,0%	4227,030 1,2%	4258,513 0,7%	4282,535 0,6%	4297,349 0,3%	4313,161 0,4%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3844,570 3,0%	3889,419 1,2%	3897,774 0,2%	3904,719 0,2%	3920,338 0,4%	3947,781 0,7%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,063 -2,1%	66,838 -3,2%	62,889 -5,9%	60,276 -4,2%	51,234 -15,0%	47,648 -7,0%
ARBEITSLOSE	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,121 -20,7%	270,773 2,9%	297,851 10,0%	317,540 6,6%	325,776 2,6%	317,732 -2,5%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. *ABSOLUTE DIFFERENZEN*	9,9 2,6	8,0 -1,9	6,3 -1,7	6,4 0,1	7,0 0,6	7,4 0,4	7,6 0,2	7,4 -0,2

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
ARBEITNEHMERENTGELT	192,084	201,416	217,424	235,017	252,601	262,272	267,798	276,414
LAUT VGR	-0,3%	4,9%	7,9%	8,1%	7,5%	3,8%	2,1%	3,2%
BRUTTOBETRIEBSÜBER-	156,017	166,607	182,267	190,277	189,668	193,046	199,583	205,037
SCHUSS/SELBST.EINK	1,2%	6,8%	9,4%	4,4%	-0,3%	1,8%	3,4%	2,7%
PRODUKTIONSABGABEN	32,217	38,209	49,693	54,615	57,681	62,878	65,550	68,828
MINUS SUBVENTIONEN	-34,0%	18,6%	30,1%	9,9%	5,6%	9,0%	4,3%	5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	380,318	406,232	449,385	479,908	499,950	518,196	532,931	550,278
	-3,9%	6,8%	10,6%	6,8%	4,2%	3,6%	2,8%	3,3%
PRIMÄREINKOMMEN	4,185	6,700	1,138	3,780	4,360	5,501	3,851	3,928
AUS DEM AUSLAND, NETTO	-565,8%	60,1%	-83,0%	232,0%	15,3%	26,2%	-30,0%	2,0%
ABSCHREIBUNGEN	79,778	83,753	91,872	99,667	104,291	107,972	111,751	115,663
LAUT VGR	3,9%	5,0%	9,7%	8,5%	3,8%	3,8%	3,5%	3,5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN	304,725	329,179	358,651	384,020	400,018	415,725	425,030	438,544
ZU MARKTPREISEN	-4,2%	8,0%	9,0%	7,1%	4,2%	3,9%	2,2%	3,2%
LAUFENDE TRANSFERS	-3,768	-2,844	-2,763	-3,472	-3,065	-3,624	-3,877	-4,265
AUS DEM AUSLAND, NETTO	7,5%	-24,5%	-2,9%	25,7%	-11,7%	18,2%	7,0%	10,0%
VERFÜGBARES NETTOEINK.	300,957	326,335	355,888	380,548	396,954	412,101	421,153	434,278
DER VOLKSWIRTSCHAFT	-4,3%	8,4%	9,1%	6,9%	4,3%	3,8%	2,2%	3,1%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	403,721	425,328	438,894	437,649	452,587	468,579	480,762	487,974
	6,1%	5,4%	3,2%	-0,3%	3,4%	3,5%	2,6%	1,5%
KREDITVOLUMEN	380,664	396,232	423,029	432,855	435,438	441,019	450,722	457,483
(FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	4,3%	4,1%	6,8%	2,3%	0,6%	1,3%	2,2%	1,5%
EURIBOR 3M	-0,43	-0,55	0,35	3,43	3,57	2,18	2,37	3,06
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,07	-0,12	0,90	3,09	0,14	-1,39	0,19	0,69
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J	-0,22	-0,09	1,72	3,08	2,84	2,99	3,38	3,84
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,28	0,14	1,80	1,36	-0,24	0,15	0,39	0,46

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
USD/EUR	1,14	1,18	1,05	1,08	1,08	1,13	1,16	1,16
	1,8%	3,5%	-11,0%	2,9%	0,0%	4,6%	2,7%	0,0%
GBP/EUR	0,89	0,86	0,85	0,87	0,85	0,86	0,86	0,86
	1,1%	-3,4%	-1,2%	2,4%	-2,3%	1,2%	0,0%	0,0%
YEN/EUR	121,81	129,85	138,02	152,00	163,80	169,01	182,49	178,83
	-0,2%	6,6%	6,3%	10,1%	7,8%	3,2%	8,0%	-2,0%
CHF/EUR	1,07	1,08	1,01	0,97	0,95	0,94	0,93	0,93
	-3,6%	0,9%	-6,5%	-4,0%	-2,1%	-1,1%	-1,1%	0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
STATISTISCHER ÜBERHANG[1]	-0,3%	1,0%	2,9%	0,5%	-0,7%	0,1%	0,4%	0,2%
JAHRESVERLAUFSRATE[2]	-5,2%	7,1%	3,1%	-1,8%	0,3%	1,1%	0,5%	1,2%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE[3]	-6,3%	4,9%	5,5%	-0,7%	-0,3%	0,7%	0,8%	1,0%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)